

Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst/ Stadtschau heimischer Weltreise, mit Ausnahme der textlichen Darstellungen und sonstigen Abbildungen, nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Der Schlafstich, von Reg.-Rat Dr. Wengen / Deutschland und die Arbeitslosenfrage, von Dr. H. Schwenemann / Ostpreußen, von Hans Goslar / Wandlungen des wirtschaftlichen Kreislaufes (II. Der Warenmarkt), von Staatssekretär a. D. Dr. August Müller / Denotation der Währungsgrößen, von Kurt Heintz, M.d.R. / Die deutschen Länder, von Oberreg.-Rat Dr. Heinrich Teipel / Politische Chronik / Zur Zeitgeschichte / Bild in die Zukunft.

In Kommission:
 Zentralverlag, 8. m., Berlin W 35
 D. D.,
 Halbjährlich 2,25 Mark / Jährlich 4,50 Mark
 Erscheint zweimal monatlich
 Durch jedes Postamt zu beziehen

Die Wirtschaftsnot Deutschlands

5,7 Mill.
 JAN. 1932

4,7 Mill.
 1931

3,2 Mill.
 1930

2,0 Mill.
 1929

Steigende Arbeitslosigkeit

Sinkende Ausfuhr

Produktion Industrie

35%
 51%
 arbeiter nur zu:



Produktionsrückgang

Verbrauchsgüterindustrie

3,2 Mrd.

3,0 Mrd.

2,9 Mrd.

2,9 Mrd.

1,9 Mrd.

3,0 Mrd.

3,0 Mrd.

2,4 Mrd.

2,3 Mrd.

2,5 Mrd.

2,2 Mrd.

I.

II.

III.

IV.

I.

II.

III.

IV.

Reparationszahlungen unmöglich!

Der Schlußstrich

Von Reg.-Rat Dr. E. Wingen

Im Vorabend der zwölften Woberker der Infratretens des Vertrages von Versailles (10. Januar 1920) hat Reichkanzler Dr. Brüning eine Erklärung über das deutsche Verhandlungsziel auf der am 25. Januar beginnenden Reparationskonferenz in Kaufmann-Dachau abgegeben, die in Deutschland und der ganzen übrigen Welt größte Beachtung gefunden hat, denn sie zieht für Deutschland den Schlußstrich unter eines der traurigsten Kapitel menschlicher Geschichte, die Reparationen. Der deutsche Reichkanzler erklärte einem Vertreter des WOB, gegenüber, daß irgend ein Zweifel an der Haltung der deutschen Delegation in Kaufmann-Dachau nicht gut möglich sei. Er brachte in dieser Hinsicht nur auf die verschiedenen deutschen Deklarationen der letzten Zeit hinzu, wobei er die amtlichen Äußerungen anlässlich des Neujahrsfestes und seine eigene Rundfunkrede vom 7. Dezember erwähnte. Es gelte jetzt für die beteiligten Mächte, die Schlußfolgerungen aus dem Bericht der Baseler Sachverständigen zu ziehen. Der Bericht habe noch einmal die gemaltigen Dimensionen der Weltkrise aufgezeigt und vor allem die verheerenden Folgen geschildert, die diese Krise gerade für Deutschland mit sich gebracht habe. Er führe der Welt die bis an die äußerste Grenze gebenden Maßnahmen vor Augen, die in Deutschland zur Bekämpfung der Krise ergriffen worden seien, und erkenne von ihnen an, daß sie in der modernen Geschichte ohne Beispiel daständen. Ingleich bemerkt der Bericht aber, daß einseitige deutsche Maßnahmen nicht ausreichen könnten, daß vielmehr die Lage Deutschlands, die in weitem Maße die Ursache für die steigende finanzielle Klemmung der Welt sei, gebieterisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln fordere. Dafür, wozu die Entschließungen der Regierungen gehen müßten, gebe der Bericht, wenn er auch auf formulierte Vorschläge verzichte, doch ganz klar die Richtlinie an. Er zeige die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands und gelte darüber hinaus, in welchem engen ursächlichen Zusammenhange gerade die deutschen Reparationszahlungen mit der ganzen gegenwärtigen Lage ständen. Dabei stelle der Bericht ausdrücklich fest, daß sich die Voraussetzungen, von denen seinerzeit die Verfasser des Douglanplans ausgegangen seien, grundlegend geändert hätten. Hiermit, so konstatierte der Herr Reichkanzler, sei im Grunde alles gesagt. Es liege klar zutage, daß Deutschlands Lage ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischen Zahlungen aufrecht zu erhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Scheitern führen müsse. Bei diesem Stand der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Standpunkt sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. Sie könne auf der bevorstehenden Konferenz nichts anderes tun, als die gegebene Sachlage darzustellen und an die anderen beteiligten Regierungen die Anforderung zu richten, daß sie auch ihrerseits dieser Sachlage Rechnung tragen und nicht nach Kompromißlösungen suchten, für die eine reale Möglichkeit nicht mehr gegeben sei. Er glaube bestimmt, daß sich heute in keinem Kreis mehr an der inneren Einsicht in die Notwendigkeit der jetzt zu ziehenden Schlußfolgerungen fehle. Es komme nur darauf an, auch den Mut zur Verwirklichung dieser Einsicht zu finden. Soweit die historische Erklärung des Reichkanzlers.

Nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo man sich noch klaren Verstand und Sinn für unerbittliche Tatsachen bewahrt hat, kann diese Stellungnahme nur als das erlösende Wort in einer verzweifelten Situation begrüßt werden. Zur Beseitigung oder mit unheilbarer Blindheit Geflagene können in diesen Worten eine „Bereitigung“ des Douglanplans, eine gewisse Verdichtung abgeduldfener Verträge, eine Verlegung heiliger Rechte“ erblicken. Deutschland handelt nur nach der Erfüllung des aus dem Frankreich und seinen Bundesgenossen unterzeichneten Baseler Gutachtens, wenn es seine Einstellung zur Reparationsfrage ausschließlich auf

wirtschaftliche Tatsachen gründet. Mißgunstige und allzu schwer hat die Welt darunter gelitten, das man versucht hat, den Strom bergaufwärts zu zwingen. Wachsende Derramung ist die allgemeine Folge dieser Verheit. Der Schadensstand Deutschlands ist nicht weiter zu senken, seine Steuerkraft ist erschöpft. Sein einziges gegenwärtiges Altkium, die Ausfuhr, beginnt rapide zurückzugehen unter dem Druck der Europa allmählich erstarkenden Zollmauern. Auch wenn die Reparationen fortfallen, bleiben genug Kosten an Verzinsung und Tilgung der privaten und öffentlichen Auslandschulden aus den vergangenen Jahren übrig, die zu erarbeiten nicht leicht sein wird. Was Deutschland braucht, was der ganzen Welt nottut, das ist die Befreiung von Chänären, die begründete Aussicht auf wirkliche Aufstiegsfähigkeit. Das ist nicht wieder auf dem Wege zerbrechlicher Prejorifizieren, sondern nur durch radikale Befreiung des Seuchenballastus zu erreichen. Das soll und muß das Ergebnis der Konferenz von Kaufmann sein, wenn anders die Veruntunft über den Wahnsinn siegen soll.

Kann so kein Zweifel mehr sein über die wirtschaftliche Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen, so zwingt auch eine andere Betrachtung zum endlichen und endgültigen Abschluß dieses Kapitels traurigster menschlicher Unglückslichkeit. Nach deutscher Auffassung ist der Anspruch Frankreichs auf Reparationen bereits

voll erfüllt. Die juristische Grundlage der Verpflichtung zur „Reparation“, d. h. zum Schadensersatz für die Woberkriegen, bildet der Abschluß des Waffenstillstandes. Dieser erfolgte ausdrücklich auf der Grundlage des sogenannten Wilson-Friedens. In dem dem Waffenstillstand vorhergehenden Notenwechsel zwischen Deutschland und den Amerikanern als den Wortführern der Alliierten ist das ausdrücklich und unmissverständlich klargestellt. In der letzten dieser Noten vom 5. September 1918, wozu die Unterfertigung des amerikanischen Außenministers Franklin trägt, wird in nicht misszubedeutenden Worten gesagt, daß die Alliierten ihre Bereitschaft zum Friedensschluß erklären „auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten (Wilson) an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundzüge, die in seinen späteren Ansprüchen niedergelegt sind“. Neben dieser allgemeinen Anerkennung des Grundprinzips, daß kein „Schadensersatz“ für die Woberkriegen stattfinden soll, findet sich aber auch eine ganz genaue Definition des von Deutschland zu erlegenden Schadens. Die Alliierten „verfühen darunter, daß Deutschland für alle durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefallenen Schaden Ersatz leisten soll“. An dieser klaren Bestimmung des Begriffes „Reparation“, der feierlicher Derpflichtung zur Zahlung der interlierierten und wenn später diese feierliche, beide Parteien bindende Bestimmung des Vorfriedens im Vertrag von Versailles gebrochen worden ist, so ändert das nichts daran, daß Deutschland sich nur auf Grund der Konking-Note verpflichtet zu fühlen braucht. Die besetzt gemessenen Gebiete Nordfrankreichs sind aber inzwischen wieder aufgebaut. Das dafür aufgewandten Summen sind zu übernehmen und werden siffermäßig im französischen Zinnschausalt ausgeführt. In der Anlage XIV zu dem Haushaltsentwurf für das Jahr 1922 sind die gesamten Aufwendungen für die Sachschäden mit 97 850 Millionen Papierfrank ausgezweifelt worden. Hieraus fällt jedoch aus nicht zur Last ein Betrag von 5808 Millionen fr. für Schäden an dem öffentlichen Eigentum und ein Betrag von 12 475 Millionen fr. für Zinsausgaben, Derwaltungslofen und dergleichen. Als erstattungspflichtiger Betrag verbleiben 79,6 Milliarden fr. Dieser Betrag ist in der Anlage XIV auch besonders als „Dommages aux biens. Total“ zusammengefaßt. Der französische Minister für die öffentlichen Arbeiten, Deligne, hat überdies in einer Rede vom 30. September 1921 den Betrag der Aufwendungen für die Wiederherstellung der Sachschäden seinerseits mit 80,1 Milliarden fr. beschriftet. Von dieser Zahl von rund 80 Milliarden fr. aber 15,3 Milliarden Markt sind wir bei der Bewertung der französischen Sachschäden ausgegangen. Ob ein solcher Aufwand zur Wiederherstellung der Schäden tatsächlich gerechtfertigt war, kann dabei hier unerörtert bleiben.

Die deutsche Zahlungsbilanz 1931

Die Ausgleichsposten der deutschen Zahlungsbilanz, nach dem Baseler Bericht



Schulden durch Deutschland einmündlich, ist nicht denkbar. Und wenn später diese feierliche, beide Parteien bindende Bestimmung des Vorfriedens im Vertrag von Versailles gebrochen worden ist, so ändert das nichts daran, daß Deutschland sich nur auf Grund der Konking-Note verpflichtet zu fühlen braucht. Die besetzt gemessenen Gebiete Nordfrankreichs sind aber inzwischen wieder aufgebaut. Das dafür aufgewandten Summen sind zu übernehmen und werden siffermäßig im französischen Zinnschausalt ausgeführt. In der Anlage XIV zu dem Haushaltsentwurf für das Jahr 1922 sind die gesamten Aufwendungen für die Sachschäden mit 97 850 Millionen Papierfrank ausgezweifelt worden. Hieraus fällt jedoch aus nicht zur Last ein Betrag von 5808 Millionen fr. für Schäden an dem öffentlichen Eigentum und ein Betrag von 12 475 Millionen fr. für Zinsausgaben, Derwaltungslofen und dergleichen. Als erstattungspflichtiger Betrag verbleiben 79,6 Milliarden fr. Dieser Betrag ist in der Anlage XIV auch besonders als „Dommages aux biens. Total“ zusammengefaßt. Der französische Minister für die öffentlichen Arbeiten, Deligne, hat überdies in einer Rede vom 30. September 1921 den Betrag der Aufwendungen für die Wiederherstellung der Sachschäden seinerseits mit 80,1 Milliarden fr. beschriftet. Von dieser Zahl von rund 80 Milliarden fr. aber 15,3 Milliarden Markt sind wir bei der Bewertung der französischen Sachschäden ausgegangen. Ob ein solcher Aufwand zur Wiederherstellung der Schäden tatsächlich gerechtfertigt war, kann dabei hier unerörtert bleiben.

Es bleibt nun noch die Frage nach dem Wert der bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles zu klären. Die Schätzungen über die Höhe dieser Leistungen gehen weit auseinander. Auch wer mit dem besten Willen objektive Wertungen zum Problem vorgebracht, führt auf außerordentliche Schwierigkeiten. Dabei fallen sich die Leistungen Deutschlands seit dem 1. September 1924, d. h. seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes, bis zum 1. Juli 1931, bis zum Hoover-Festjahr, angeben, ohne daß sie von irgendeiner Seite angezweifelt werden können.

Sie betragen für die Dawesplanzeit (1. September 1924 bis 30. August 1929) 8 Milliarden RM, für die Youngplanzeit weitere 3 Milliarden RM. So unbefriedigend diese Zahlen sind, so sehr gehen die verfeinerten Schätzungen für die Leistungen der vorerwähnten Jahre auseinander. Die Abrechnung der Reparationskommission mit 9,5 Milliarden DM, bis zum 30. Juli 1924 kann nicht ernst genommen werden. Einmal ist sie unvollständig und dann zeigen ihre Bewertungsmethoden so offen das Bestreben des Gläubigers, den Schuldner zu drücken, daß diese Berechnung ausfallen muß, auch wenn sie neuerdings von Frankreich wieder herangezogen worden ist. In einer eigenartigen Denkschrift des kürzlich verstorbenen Professors der Nationalökonomie Kajo Brentano werden die sogenannten gutschrittsfähigen Leistungen bis zum 31. Dezember 1922 auf 41,6 Milliarden Goldmark berechnet. Hinzukommen noch weitere 14,5 Milliarden Goldmark, für die Deutschland einen Anspruch auf Gutschritt nicht hat, die aber als Leistungen der deutschen Volkswirtschaft zu der freihöflichen Entwicklung Deutschlands beigetragen haben und die für die Empfangsländer eine materielle Bereicherung darstellen. Brentano kommt also auf einen Mindestwert von rund 56 Milliarden Goldmark bis Ende 1922. In der folgericht hat sich gezeigt, daß diese Schätzungen im einzelnen einer gewissen Korrektur bedürfen, die aber das Gesamtbild nicht verändern. Die nähere der Schätzung von Brentano am meisten bekannte Rechnung stammt aus amerikanischer Quelle. Das im Jahre 1923 von der Carnegie-Gesellschaft begründete „Wirtschaftsinstitut“ (Institute of Economics) in Washington hat im Jahre 1924 eine umfangreiche Studie über Deutschlands Zahlungsfähigkeit veröffentlicht. Darin findet sich auch eine Schätzung des Goldmarkwertes der deutschen Leistungen vom 11. November 1918 bis 30. September 1924, die sich auf 26 Milliarden beläuft, mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, diese Schätzung könne möglicherweise um mehrere Milliarden zu niedrig sein. Gehen wir von dieser Summe aus und fügen wir für die Zeit bis zum 1. September 1924 noch Leistungen

im Schätzwerte von 1,4 Milliarden Goldmark hinzu sowie die oben erwähnten 11 Milliarden Reichsmark bis zum 1. Juli 1931, so erhalten wir eine Mindestleistung von 38,4 Milliarden Reichsmark. Von deutscher Seite sind neuerdings ernste Schätzungen angefertigt worden, die demnach veröffentlicht werden dürften und die ebenfalls die Tatsache bezeugen, daß Frankreich den auch jetzt wieder von der französischen Presse so einmütig geforderten „Erlaß der Wiederaufbaukosten“ erhalten hat. Der „Gerechtigkeits“ ist demnächst gefahren, die „heilige Schuld“ muß als reiflos getilgt betrachtet werden, denn Frankreich erhält von den deutschen Leistungen etwas über die Hälfte.

Diese Erkenntnis setzt sich auch im Ausland immer härter durch. So hat der bekannte amerikanische Senator Vorah am 25. Dezember 1935 erklärt: „Wenn es jetzt wieder, daß Frankreich ein Recht auf die ungeschützten Reparationszahlungen habe, um die Kriegsschäden zu decken, so könne geantwortet werden, daß die von Deutschland geleisteten Zahlungen verdächtige Art etwa 9,5 Milliarden Dollar betragen hätten, wovon 52 % Frankreich zu gefallen seien, also ebenfalls, wenn nicht mehr, als Frankreich eigene Schätzungen der Kriegsschäden betrage.“ Der englische Nationalökonom Keynes, dessen schon im Jahre 1919 veröffentlichte Prognoseurteilungen über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages so furchtbare Erfüllung gefunden haben, kennzeichnete Englands Stellung zu dem Problem in einem Vortrage in Hamburg am 8. Januar d. Js. mit den folgenden Worten: „Kein verantwortlicher Mann in England würde heute noch eine Fortsetzung von Reparations- oder Kriegsschuldenzahlungen in irgendeiner Form. Ganz England würde eingeschlossen für völlige Aufhebung eintreten.“ Man habe erkannt, daß das System dieser Zahlungen ein unheilvoller Irrtum gewesen sei.

Um schließlich noch eine weitere sehr bemerkenswerte Auslandsstimme anzuführen, schrieb die in Genf erscheinende, feineswede als deutschfreundlich zu bezeichnende Zeitung „Journal de Genève“ in ihrer Ausgabe vom 8. Januar d. Js. unter anderem: „Die Reparationen im eigentlichen Sinne, d. h. die Kosten für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete, sind längst bezahlt. Was die Franzosen im Grunde daran hindert, sich mit dem bereits Erhaltenen zu begnügen, das ist die Furcht, daß Deutschland sich allzu schnell erholen und in der Welt wieder einen ersten Platz einnehmen könnte, den es dann dazu benutzen würde, um die territorialen Bestimmungen der Friedensverträge in Frage zu stellen.“

Deutschlands Schuldenbilanz 1932



Deutschland und die Abrüstungskonferenz

Von Dr. K. Schwendemann

Am 2. Februar beginnt die erste Allgemeine Abrüstungskonferenz in Genf, wie dies durch die Entschickung des Völkerbundrats vom 24. Januar 1931 beschlossen worden ist. Es hat hienach nicht an Verdägen gefehlt, den Beginn der Konferenz zu verheißeln. Alle diese Versuche haben nicht zum Ziele geführt. Keine Regierung hat es gewagt, eine Vertagung der Konferenz offen zu beantragen. Das ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Druck der öffentlichen Meinung härter gewesen ist als die politischen Absichten mancher Regierungen.

Man hat Wünsche nach einer Vertagung der Konferenz vielfach damit begründet, daß der vorliegende Zeitpunkt der Eröffnung in eine so besonders ungünstige Zeit falle. Einerseits händen wichtige Reparationsverhandlungen bevor, andererseits wären durch den mandchurischen Konflikt und manches andere Spannungen geschaffen worden, die einen positiven Ausgang der Konferenz in Frage stellen. Es wird dabei ganz vergessen, daß mit ähnlichen Argumenten der Zusammentritt der Abrüstungskonferenz viele Jahre hinausgeschoben worden ist. Einmal waren die Arbeiten der Vorbereitungenden Abrüstungskommission noch nicht vollendet, das andere Mal wollte man auf den Ausgang der englisch-französischen Glottverhandlungen warten, und dann erschien es wieder notwendig, für die Vorbereitungen der Konferenz die nötige Zeit zu lassen. In unserer politisch bewegten Epoche würden sich sicher noch viele Jahre

langa politische und sonstige Gründe finden lassen, um den Zusammentritt einer Abrüstungskonferenz abzuschieben, wenn eine die Konferenz unbequem wäre. Wenn man die über die Abrüstungsfrage seit Kriegsende geführten Verhandlungen überblickt, wenn man die Summe der Widerstände gegen die allgemeine Abrüstung ermißt, die sich in dieser Zeit geltend gemacht haben, so muß man sagen, daß die Festsetzung und die Innehaltung des Termins der Konferenz bereits ein politischer Erfolg ihrer genannt werden muß, die die allgemeine Abrüstung wollen. Aber auch der Moment, in dem die Konferenz zusammentritt, ist günstig, trotzdem die Staatsmänner mit Reparations- und anderen Sorgen reichlich beschäftigt sind. Die Konferenz tritt zusammen auf dem Höhepunkt einer schweren Weltwirtschaftskrisis. Überall sind die Staatsmänner mit Desajten belastet, überall bringt folgende Arbeitslosigkeit Minderereinnahmen und größere Ausgaben in den Budgets. Die Kap der Rüstungen wird von den Völkern härter als seit langem empfunden. Das hat bereits die Einstellung mancher Regierungen zum Abrüstungsproblem grundlegend geändert. Man kann sagen, daß die Abrüstung in der ganzen Nachkriegszeit nie so populär gewesen ist wie heute. Ist das vielleicht ein ungünstiger Moment für den Zusammentritt der Konferenz? Bei einem seit her so eiferfüchtig gehaltenen Ziel der vollen Souveränität, wie es die Rüstungen sind, die internationale Abrüstungsüberprüfung nur denkbar, wenn die Regie-

tungen unter dem scharfen Druck der öffentlichen Meinung und der finanziellen Notwendigkeiten stehen. Wenn man dem Beginn der Abrüstungskonferenzen mit begründeten Hoffnungen auf einen positiven Ausgang entgegenzusehen darf, so in erster Linie deswegen, weil die Not der Welt in diese Richtung drängt.

Welches sind die Aufgaben der Allgemeinen Abrüstungskonferenzen? Sie soll eine einseitige Verhinderung der Rüstungen bei den noch nicht abgerüsteten Staaten herbeiführen und durch ein internationales Abkommen die verbindenden Rüstungsstandards auf eine Reihe von Jahren, d. h. bis zum Ablauf und zum Abschluß eines neuen Abkommens, festlegen. Dabei ist selbstverständliche Voraussetzung, daß die abgerüsteten Staaten an diesem allgemeinen Abrüstungsabkommen gleichberechtigt teilnehmen. Das bedeutet, daß der Rüstungsausgleich zwischen den abgerüsteten und noch nicht abgerüsteten Staaten diesem Abkommen festgelegt werden muß. Denn die Abrüstung Deutschlands, Österreichs, Ungarns und Bulgariens durch die Friedensdiktate war nur die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung, war nur eine Vorleistung auf dieselbe. Dazu kommt, daß die allgemeine Abrüstung sich auf Grund des Artikels 8 der Völkervereinbarung vollzieht. Der Völkerbund ist aber eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Völker. Es kann in ihm keine Staaten zweierlei Rechte geben. Solange zwischen den durch die Friedensverträge abgerüsteten und den nicht abgerüsteten Staaten hinsichtlich der Rüstung eine Diskriminierung zutage tritt, heute tatsächlich vorhandene Diskriminierung hat einen Schein formalen Rechtes, solange die Allgemeine Abrüstungskonferenz nicht zusammengetreten ist. Geschieht dies und wird ein internationales Abrüstungsabkommen ausgearbeitet, so muß das Prinzip der Gleichberechtigung darin praktisch verwirklicht werden. Das bedeutet in erster Linie Methodengleichheit der Abrüstung für alle Völker.

Die Vorbereitete Abrüstungskommission des Völkerbundes hat in fünfjähriger Arbeit von 1925 bis 1930 einen Entwurf zu einem allgemeinen Abrüstungsabkommen ausgearbeitet, das den Grundgedanken der Gleichberechtigung regiert, da es für die allgemeine Abrüstung ganz andere Grundzüge und Methoden zur Anwendung bringen will als die, nach denen Deutschland und seine früheren Verbündeten abgerüstet worden sind, und gleichzeitig in seinem Artikel 30 festsetzt, daß die abgerüsteten Staaten auf neue ihre Abrüstungsverpflichtungen freiwillig anerkennen. Wenn dieser Konventionstextur rechtskräftig würde, würde die heute bestehende rechtliche und tatsächliche Diskriminierung zwischen den abgerüsteten und nicht abgerüsteten Staaten vereitelt werden. Man muß sich klarmachen, was das bedeutet. Es würde bedeuten, daß der Weg zu einem Rüstungsausgleich zwischen Deutschland und seinen Nachbarn definitiv verbar ist; denn es ist klar, daß ohne Methodengleichheit in der Abrüstung, d. h. ohne daß bei allen Völkern dieselben Rüstungsfaktoren (besonders ausgebildete Reserven und Feuermaterial, Material des Landheeres, Flugzeuge usw.) herangezogen und beschränkt bzw. verboten werden, der heute bestehende ungewöhnliche Unterschied in den Rüstungen Deutschlands und seiner Nachbarn niemals ausgeglichen werden könnte. Nur wenn das, was Deutschland verboten ist, allen verboten oder Deutschland alles gestattet ist, was den anderen erlaubt ist, kann eine Angleichung des Rüstungsstandes der einzelnen Länder stattfinden. Diese praktische Anerkennung des Rechtsgleichheit zwischen den abgerüsteten und noch nicht abgerüsteten Staaten ist für Deutschland die Kernfrage der Abrüstungskonferenz, ohne deren zufriedenstellende Lösung die Teilnahme Deutschlands an einem allgemeinen Abrüstungsabkommen unmöglich ist. Man muß sich wieder klar sein, was das bedeutet. Theoretisch wäre ja denkbar, daß die anderen Staaten unter sich ein Abrüstungsabkommen abschließen, das nicht eine tatsächliche, sondern eine Scheinlösung des Abrüstungsproblems bedeuten würde, sodaß das diese Staaten scheinbar die Verpflichtungen des Artikels 8 der Völkervereinbarung zur Durchführung brähten, und an dem die abgerüsteten Staaten nicht teilnehmen würden. So etwas ist jedoch praktisch unannehmbar. Ein allgemeines Abrüstungsabkommen ohne die Beteiligung Deutschlands ist unmöglich. Denn nie werden die Nachbarstaaten Deutschlands sich dazu bereitfinden, ihrem

Rüstungsseifer irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen, wenn nicht Deutschland an einem solchen Abkommen teilnimmt. Dasselbe gilt für die Derbaltigkeit auf dem Balkan. Es ist ein wesentlicher Punkt der deutschen Stellung auf der Abrüstungskonferenz in Genf, daß ohne die Teilnahme Deutschlands ein Abrüstungsabkommen unmöglich ist. Da die Bezeugung der Serbilitäten einen Teil eines solchen Abkommens darstellen wird, so ist auch eine Verminderung der von England und Amerika so sehr gewünschten finanziellen Saffen der Serbilitäten nicht möglich, ohne die Zustimmung Deutschlands in Genf. Es ist nicht so, daß das Wort Deutschlands auf dieser Konferenz nicht schwer wiegen wird.

Im übrigen liegt es auf der Hand, daß die Position Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz auch sonst keineswegs ungünstig ist. Deutschland hat abgerüstet. Wenn Mittel und Wege zu einer allgemeinen Abrüstung gefunden werden, so bietet sich vor selbst das deutsche Beispiel. Der schon erwähnte schlechte und ungeredete Konventionstextur der Vorbereiteten Abrüstungskommission ist eine Konstruktum im lauzieren Raum ohne jede Erfahrung hinsichtlich seiner praktischen Durchführbarkeit. Die für Deutschland und die anderen abgerüsteten Staaten gültigen Bestimmungen der Friedensdiktate sind jedoch praktisch zur Durchführung gelangt. Die Erläuterung dieser Erläuterungen ist tatsächlich in wenigen Jahren durchgeführt worden und besteht. Deutschland wird deshalb in Genf immer wieder verlangen müssen, daß die anderen dieselben Rüstungsbeschränkungen auf sich nehmen, die in den Friedensverträgen für die abgerüsteten Staaten formuliert sind. Es wird die Aufgabe der anderen sein, wenn sie dies nicht wollen, nachzuweisen, daß ihre Vorfälle hinsichtlich Rüstungsverminderung und -beschränkung besser und wirksamer sind als die Methoden der Friedensdiktate. Auf diese Argumentation darf man gespannt sein.

Das durch so viele und steigende Sorgen bedrückte deutsche Volk wird mit gespannter Aufmerksamkeit nach Genf blicken müssen. Wenn es manden, der in diesen Werten liegt, den die Sorge um das Nächstliegende, das tägliche Brot, in des Wortes unmittelbarer Bedeutung quält, vielleicht ist es eine ihn nur möglich angehende Frage erhebt, ob Deutschland die Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen sich erkämpft, ob der Rüstungsausgleich zwischen uns und der übrigen Welt stattgefunden oder nicht, als die anderen nach unserem Vorbild und unseren Methoden oder nach anderem abrüsten, möge folgendes bedenken: In Genf entscheidet sich vielleicht die wichtigste Frage der deutschen Zukunft. Der Versaillesvertrag, der Deutschland einseitig entworfen hat, tat dies mit der Absicht, durch dauernde Wehrlosigkeit Deutschland als Großmacht, als entscheidenden politischen Faktor der europäischen Mitte auszuschalten. Was die Wehrlosigkeit uns gefohet hat in den Jahren unauflöslicher Diktate, Bedrohungen und Verpfählungen, haben wir alle genügend erlebt. Wäre die Intervention mit ihren folgenden Wühlungen und Verwüstungen nicht gewesen, was hätte daraus erzag, möglicherweise, wenn Deutschland militärisch nicht machtlos gewesen wäre? Aber nicht nur an die Vergangenheit, auch an die Zukunft muß man denken. Wir leben heute in einer Zeit, in der der Krieg noch unpopulär ist, in der psychologische Nachwirkungen des Weltkrieges noch wirksam sind. Weis man, wie die psychologische Lage Europas in 20 oder 30 Jahren sein wird, wenn nur noch wenige den Krieg aus eigener Anschauung kennen? Hat nicht ein französischer General gesagt, daß ein entwaflnetes Land eine Verlockung für seine Nachbarn sei? Zeigt nicht die Geschichte die Wahrheit dieses Wortes und hat nicht Deutschland in Jahrhunderten politischer Unethik auf und damit militärischer Machtlosigkeit die Wahrheit dieses Wortes auf das fürchterliche Erleben müssen? In diesem Zusammenhang muß das deutsche Volk die Allgemeine Abrüstungskonferenz sehen, die am 2. Februar beginnt. Es muß wissen, daß es sich dabei um Lebensfragen seines Volkes handelt. Im Bewußtsein seines Rechtes, im Bewußtsein dessen, daß es in Genf die Abrüstung der anderen nach Maßstab und Methoden der eigenen Abrüstung zu fordern juristisch und moralisch berechtigt ist, muß es in voller Einmütigkeit hinter der deutschen Abrüstungsdelegation stehen, die die schwerste Aufgabe hat, gegen vielfältige Widersprüche Deutschlands Recht in Genf zu erkämpfen.

Otto Braun / Zum 60. Geburtstag des Preussischen Ministerpräsidenten

Seit den Noembertagen 1918 haben nur wenige der neuen Staatsmänner den Einfluß auf die Gestaltung unserer innerpolitischen Geschichte ausgeübt wie der Mann, der seit mehr als eif Jahren an der Spitze des Preussischen Staates — nach vorangegangener Tätigkeit als Landwirtschaftsminister im Kabinett Paul Hirsch — steht.

Als Landwirtschaftsminister ist Braun schon am Tage seines Amtsantritts mit einem Alt-herzogentum, der das Gesicht des deutschen Offens und die Struktur der deutschen agrarischen Verhältnisse nicht unwesentlich verändert hat: er gab dem

Kanalarbeitern, der bis dahin unter Ausnahmestellen stehenden Schicht, das ihnen fehlende Koalitionsrecht, schuf ihnen damit die Möglichkeit gewerkschaftlichen Zusammenstufes zum Abschluß kollektiver Arbeitsverträge, zur Wahrung ihrer elementaren Rechte und zur Entämpfung einigermassen menschenwürdiger Lebensbedingungen. Hier wurde erstmalig ein altergewohntes Unrecht an einem schwer benachteiligten Teil unserer Volksgenossen gutgemacht und zugleich ein wirksames Mittel gewählt, um die nationale Widerstandskraft des deutschen dünnbesiedelten agrarischen Offens zu stärken,

dem harte Keerblutung durch die Kanarbeiter-Abwanderung drohte. Weiter hat Braun seine große und bekannte Energie für Reformen auf dem landwirtschaftlichen Gebiet eingesetzt; ihm schwebte dabei vor allem vor, die Produktionskraft der deutschen Landwirtschaft zu stärken und somit die für unsere Zahlungsbilanz verhängnisvolle große Nahrungsmittelinfuhr auf ein zu rechtfertigendes Maß zu verringern. Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe, Verbesserung der Erzeugung bis zur Standardisierung der Hauptprodukte, um der technisch vervollkommenen Konkurrenz der Hauptimportländer gewachsen zu sein, Verbesserung des Bodens durch erhöhte Düngemittelinfuhr (künstliche Stickstoffherzeugung), Befestigung aller, lässig empfindender Hemmnisse des rationelleren Arbeitens in den bäuerlichen Wirtschaften durch ein systematisches Umlegungsverfahren, großzügiger Ausbau des Bildungswesens der deutschen bäuerlichen Jugend etwa nach dem dänischen Vorbild, fleißliche Zeulanbahnung durch Moor- und Odlandkultivierung im großen Umfang — das waren die praktischen Wege, die das Ministerium unter Brauns star vorwärtstreibender Leitung alsbald zu gehen begann und die es so weit ging, wie es die finanziellen Machtmittel des Landes in Zeiten schwerer Wirtschaftsstöße nur irgend erlaubten. Alles-
blickend kann heute festgesetzt werden, daß Brauns Arbeit als Landwirtschaftsminister der Landwirtschaft Preußens bedeutsame Antriebe gegeben hat, und daß eine große Reihe wertvoller und wirksamer Reformen eingeleitet worden sind, die die innere Kraft der deutschen Landwirtschaft gestärkt haben, wenn sie naturgemäß auch nicht entfernt alle inneren Schäden und Fehlorganisationen zu beseitigen vermocht haben.

Von weittragender politischer Bedeutung ist es gewesen, daß Otto Braun nach dem Kapp-Putsch das Preussische Ministerpräsidentium übernahm. Von dieser Zeit an hat er durch seine feste und ruhige Energie, die sich mit einem sicher urteilenden Verstand verbindet, der Entwicklung in Preußen den Stempel seiner Persönlichkeit aufgedrückt. Es gelang ihm über die furchtbar schwere Inflationszeit hinweg, die für den Staat eine doppelte Krisenzeit bedeutete, die Regierung der großen Koalition, obwohl in ihr begrifflicherweise viel zentralisierende Kräfte vorhanden waren, zusammenzuhalten und so der Notzeit eine breite Regierungsbasis entgegenzusetzen. Der Rückhalt dieser harten Regierungskoalition bewährte sich insbesondere, als Braun allen regierenden und stetigsten Stimmungen zum Trotz mit unbegrenzter Stärke sich jedem Versuch einer Föderation der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Preussischen Staate widersetzte. Es war ihm absolut klar, daß mit einem solchen scheinbaren Nachgeben an gewisse Strömungen ein verhängnisvoller erster Schritt auf einem abschließigen Wege getan worden wäre, oder es ist später kein Jurist abge, wenn erst einmal der Fehler gemacht worden sei, die organische Verbindung der Rheinlande mit dem Preussischen Staat und Vermaltungapparat, die sich seit hundert Jahren bewährt hatte, in irgendeiner Form aufzugeben oder nur zu schwächen. Brauns Politik hat sich als richtig erwiesen, und er hat zweifellos dem Reiche damit den besten Dienst geleistet, denn ein von Preußen losgelöstes Rheinland würde leicht völliger Abtrennung vom Reich unter französischem Druck anheimzufallen.

Zuich in den nun folgenden Jahren der Weimarer Koalition hat Otto Braun immer wieder — sei es durch Unterstützung der Außenpolitik, sei es in den Fragen, die die Erhaltung eines festen Reichsgefüges gerade in Krisenzeiten betrafen — nicht nur die Autorität des Reiches zu stärken gesucht,

sondern mit aller Kraft die Reichsregierung bei ihrer oft maßlos schweren und stets in hohem Maße verantwortlichen Arbeit geführt. Niemals hat er kleinliche partikulärische Interessen Preußens den gesamtdeutschen Interessen vorangestellt. Für die Reichsreform hat er sich offen eingesetzt und hat immer wieder erklärt, daß Preußen bereit sei, im Reiche aufzugehen, wenn die anderen Länder seinem Beispiele folgen würden. Er hat nie dabei unterlassen zu betonen, daß selbstverständlich die Reichsreform der deutschen Stämme und Kulturfortreuer nicht uniformieren und die für ein gesundes Volk kulturell notwendigen Stammesigentümlichkeiten nicht unterdrücken oder beseitigen würden.

Braun hat es immer verstanden, volle Objektivität bei allen Staatsgeschäften abzuwägen zu lassen und hat diese für einen Staatsmann besonders notwendige Einstellung insbesondere bewiesen, als er an die von vielen Seiten für nahezu unlösbar gehaltene Frage der konfessionellen Befriedigung Preußens durch die beiden großen Kirchenverträge heranging. Große Teile der Öffentlichkeit hatten geglaubt, daß ein sozialdemokratischer Ministerpräsident dieses Werk nicht vollbringen und

daß er dazu auch nicht die Gescholgschaft seiner Regierungsallianz finden würde. Braun hat, all dieser Schwierigkeiten ungeachtet, in langer und zäher Arbeit erreicht, daß das Parlament das katholische Konkordat und später auch den evangelischen Kirchenvertrag verabschiedet hat. Damit war eine der schwierigsten Fragen für den modernen Staat, die von der Verfassung ungeklärt gebliebene Abfindung der großen Kirchen als Entgelt für die ihnen früher durch Säkularisierung genommenen Kirchengüter bzw. für die Rechte, die ihnen im alten Staat zufließen, in einer Weise zum Abschluß gekommen, daß man in keinem Punkte ein Recht des Staates aufgab oder einschränkte, auf der anderen Seite aber die Anhänger der beiden großen christlichen Konfessionen kirchlich voll befriedigte und damit den Weg zur Ausöhnung so mancher noch abseits stehender Volksteile mit dem modernen Staat öffnete, die in diesem Staate den unzulässigen Vertreter antikirchlicher und gar antireligiöser Tendenzen erblickt hatten.

Gerade in Vertragsabschlüssen hatte Braun schon früher seine besondere Stärke — Fähigkeit zum ruhigen Abwägen und Vermeiden jeder kleinlichen Vorteilsfrage gegenüber dem Gegner, wenn große Gesichtspunkte in Frage kommen — bewähren können. Er hat die scheinbar unentwirrbar schwierigen Groß-Hamburg-Verhandlungen und später die ähnlich gelagerten Vertragsverhandlungen mit Bremen als das Unterwiesengebiet in einer Weise zu Ende geführt, daß hier wirklich seinem politischen Ziel Genüge getan werden konnte, Zuglände zu schaffen, in denen mit dem geringsten Kräfteaufwand der größte überhaupt erreichbare Nutzen für Gesamtdeutschland herausgeholt werden konnte. In all diesen Verhandlungen hat er, bei aller Wahrung der Interessen des Preussischen Staates, als Vertreter gesamtdeutscher Interessen, als deutscher Staatsmann gehandelt.

Hans Goslar.

Eben, gerade zum 60. Geburtstag, erscheint im H. P.-Verlag G. m. b. H., Berlin SW, aus der Feder von Hans Steffen in sehr guter Ausstattung und zum Preise von 1,55 Mtl. eine Schrift: „Otto Braun“, die, beginnend mit der eindrucksvollen Schilderung der offpreussischen Jugend, den Werdegang Brauns und seine Tätigkeit als Politiker und Staatsmann bis in diese Tage



hinein aufzeigt. Objektiv und von Parteigehisfpunkten frei, wird hier in einer ganz ausgezeichneten Form und in immer interessanter Darstellung dem deutschen Volke Leben und Leistung eines Mannes gezeigt, der durch seine Arbeit beweisen hat, welche intellektuellen Kräfte gerade in der deutschen Arbeiterbewegung schlum-

mern. Zum erstenmal wird hier für Freund und Gegner Otto Brauns ein wahrheitsgetreues Bild seiner politischen Persönlichkeit gezeichnet, das den Mann und sein Werk aus dem Tageskampf heraushebt und ihn allen Kreisen Deutschlands verständlich machen will.

Wandlungen des wirtschaftlichen Krisenbildes

II. Der Warenmarkt

Von Dr. August Müller, Staatssekretär a. D.

(Der einleitende Aufsatz „Bevölkerungsfragen und Arbeitmarkt“ erschien in Heimatsdienst 1931, Heft 23.)

Die für den Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung entscheidenden Merkmale sind: der kapitalistische Unternehmer, die marktähnliche Verbundenheit aller Wirtschaftszweige und der freie Lohnarbeiter. Der störungsfreie Ablauf des wirtschaftlichen Gesamtprozesses hängt darum von dem Vorhandensein von Kapital, Absatz und Arbeitskräften ab. Eine ausgeglichene Wirtschaft, innerhalb der diese drei Erfordernisse in den erforderlichen Proportionen zur Verfügung stehen, ist das wirtschaftliche Ideal, das aber selten erreicht wird, weshalb die Konjunkturlage sich darüber freisetzt, ob man unter dem „Normalzustand“ der kapitalistischen Wirtschaft die Perioden der ausgeglichenen Wirtschaftsverhältnisse oder der Störungen des Wirtschaftsablaufs zu verstehen hat. Sieht man ab von den bedeutungsloseren Wellenbewegungen im Auf und Ab des Wirtschaftslebens, so kann man seit dem Eintritt der kapitalistischen Wirtschaft in das Mannesalter vier große Intervalle unterscheiden, Gezeiten des wirtschaftlichen Lebensstromes: 1822/1842 Niedergang, 1843/1873 Aufschwung, 1874/1894 Niedergang, 1895/1913 Aufschwung. Dann kam die große Zäsur: der Weltkrieg, der in Ausmaß und Eigenart der gegenwärtigen Wirtschaftskrisis entscheidend bestimmt, für die Krisenproblematik der Gegenwart ist es bezeichnend, daß in keiner Krisenperiode zuvor so zahlreiche Propheten des kapitalistischen Weltunterganges vorhanden waren als heute. Noch bezeichnender ist allerdings der Umstand, daß die — historisch und wirtschaftslogisch — nicht gesehen — allein berechtigten Erben: die Vertreter des marxistischen Sozialismus, die ihnen zugedachte Erbfolge ablehnen. Erst vor ein paar Wochen hat Karl Kautsky die Auffassung zurückgewiesen, daß die jetzige Krise die „Krise des Kapitalismus überhaupt“ sei. „Diese Ansicht erinnert mich an Kesse, die in einem regnerischen Hüllen Sommer annehmen, es werde nie wieder warm werden, und der Beginn einer neuen Eiszeit sei gekommen.“ Der Sozialismus, „ein langamer Prozeß“, sei anzuführen und müsse sorgfältig vorbereitet werden, als „Mittel zur Überwindung der gegenwärtigen Krise kommt er nicht in Betracht“.

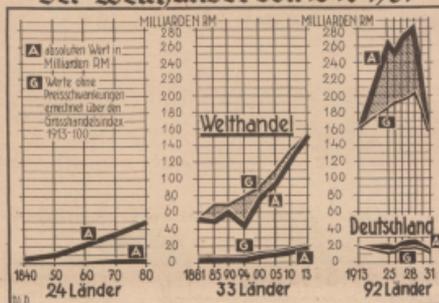
Dieses Urteil deckt sich durchaus mit dem der wissenschaftlichen Kenner des Krisenproblems. „Die gegenwärtige Weltkrise ist eine einfache Absatzkrise, wie sie im Gefolge jedes größeren Krieges aufgetreten ist, sei es eine marktverbundene Verkehrswirtschaft gibt; der Kapitalismus ist an die völlig unschuldig.“ So Sombart im „Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus“. In der Tat verschleift man sich offenbar einer richtigen Erkenntnis der gegenwärtigen Krisenursachen und damit auch der erforderlichen krisentherapeutischen Gegenmittel, wenn man die entscheidenden Ursachen: die Wirtschaftszersplitterung während des Krieges, die wirtschaftliche Unlogik der Friedensschlüsse und die Folgen der im Kriege murgelnden Inflationskonjunktur, unrichtig bewertet. Um einzelnen ist der Zusammenhang zwischen den exceptionellen Formen der heutigen Wirtschaftskrise und dem Weltkrieg hier nicht zu verfolgen. Die verschiedenen Epochen des Wirtschaftslebens weisen immer einen besonderen ihre wirtschaftlichen Atembewegungen illustrierenden Konjunktur auf. Über das, was der internationalen Politik obliegt, wenn sie die Teil zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise beitragen will, besteht unter den an wirtschaftlichem Denken orientierten Beurteilern der Sachlage feinerlei Meinungsverschiedenheit. Die wirtschaftlichen

Krisenheilmittel werden aber zum Teil durch Änderungen der weltwirtschaftlichen Struktur beeinflusst.

Die Aufschwungsperiode von 1893 bis 1913 war so ausgeglichend vorteilhaft wirkend auf die soziale Sphäre begleitet, daß der Wirtschaftsoptimismus einer Krisenwürdigung den Weg bahnen konnte, die das Spiel der Wechselgängen im Konjunkturverlauf der allzu starkem Ausmaß nach übertriebener Prosperität und daraus resultierendem freien Abbau in das Krisental durch eine Reihe von negativen Wirtschaftsfaktoren beeinflusst wählte. Das gilt mehr von den Praktikern als von den Theoretikern des Wirtschaftslebens. Die letzteren fühlten den Zusammenhang, dem die stärkste Erschütterung des weltwirtschaftlichen Systems ausgehen konnte. Es war die Hegemonie Europas, das in der Zeit, in der sich Kapitalismus und Weltwirtschaft entwickelten, das kulturell-geistige Zentrum der Welt war und darauf eine wirtschaftlich-technische Entwicklung aufbaute, die zur politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Vormachtstellung Europas führte. Der „Kollektorfest der menschlichen Kultur“ um einen Ausbruch Sombarts zu gebrauchen: der moderne Kapitalismus, räumte Europa für ein paar Jahrhunderte die Herrscherstellung in der Welt ein und prägte dadurch natürlich dem weltwirtschaftlichen Organismus den Stempel auf. Aber so um 1900 herum fühlten kluge Beobachter: die Theoretiker des angelsächsischen Imperialismus (deren erste Vertreter sogar schon während der napoleonischen Kriege Deutschland Wagner, Schmöller, Diegel und andere, den Wandel im weltwirtschaftlichen Gefüge, der notwendigerweise die europäische Vormachtstellung erschüttern mußte. Es entstand die Lehre von den imperialistischen Herrschaftsgedien als Ersatz des von Europa beherrschten wirtschaftlichen Imperiums mit relativ freiem Warenaustausch und freizügigkeit der Kapitalbewegungen, die der europäischen Weltbankier zum Hauptmittel seiner weltwirtschaftlichen Herrschaft auszugelassen verstanden hatte. Der Weltkrieg drängte einen Entwicklungsprozeß von 50 Jahren, der, wenn ihn lediglich wirtschaftlich bedingte Impulse dirigierten, eine Revolution bedeutete hätte, in fünf Jahren zusammen und gelaufte ihn zur Revolution! Hierin ist der entscheidende Grund für die besondere Schmerzhaftigkeit der gegenwärtig sich vollziehenden Umstellungen im weltwirtschaftlichen Organismus zu erblicken. Die asiatischen Probleme feigern ihre Wirkung: Dornet um den größten Teil des früheren europäischen Aufstiegs, sucht sich China, das immer außerhalb des europäischen Kapitalismus geprägten Gefüges zu bleiben strebt, andere Lebensformen, die den bevölkerterten Erdteil zu einem wirtschaftspolitischen Außenleiter machen. Die Verfassung, daß die im Krieg entstandenen Überkapazitäten der Eisen- und Stahlindustrie nach Beendigung der Granatkonjunktur mit der Herrschaft von Verkehrsunternehmen in China und Südamerika die Übergangsschwierigkeiten überwinden könnten, ist graufam zerstört worden. Das ökonomische Gewicht dieser Tatsache mag durch die feststellung beleuchtet werden, daß im Jahresdurchschnitt von 1901 bis 1913 allein mit der Herrschaft von Eisenbahnen fünf Millionen Arbeiter — nach Angaben im Handwörterbuch der Staatswissenschaften — beschäftigt waren.

Der Weltwandel hat den raschen Aufstieg, der ihn von einem Einkommern von 69 Milliarden im Jahre 1890 zu 160 Milliarden 1913 führte, nach dem Kriege nicht wieder erreicht. Das

Der Welthandel von 1840-1931



fehlen vergleichbarer Mengenangaben und die Wertänderungen erschweren einen präzisen Vergleich. 1925 soll erstmalig der Vorkriegsumfang des Welthandels erreicht worden sein, im ersten Halbjahr 1931 schließt das Institut für Konjunkturforschung aber nur noch auf eine mengenmäßige Aufbesserung von 2 v. H. gegenüber 1913. Der Erzeugtatschluß stellte — bei Berechnung nach Wert von 1913 — fest, daß die deutsche Handelsbilanz im 1925 noch um 3 Milliarden geringer war als vor dem Kriege. Für die Ungleichheit der Entwicklung nach den Lauffasen der Entwicklung nach der Lauffase zeugen, daß in der Nachkriegszeit der Schiffbau aber so gefördert wurde, daß er das Doppelte der Gütermenge transportieren könnte, die heute die „naßen Grenzen“ paßiert. Der Warenanstrom wuchs aber relativ schnell bei Stagnation der inländischen Güter in Gebieten in der Weltwirtschaft ein Zusammenhang, der die konjunkturelle Bedeutung des geringen Wachstums des Welthandelsvolumens unterstreicht.

Sehr bedeutsam sind die Verschiebungen im Anteil der einzelnen Erdteile am Welthandel. Noch wichtiger ist aber die unerkennbare Tendenz zur Abkehr vom Freihandel. Hochschutzbillären Maßnahmen gegen fast alle Einfuhrerzeugnisse anderer Weltteile, wie die Festsetzung von Handelskontingenten, die Schaffung von internationalen Zollvereinbarungen und dergleichen. Da sich die internationale Bewegung des Kapitals bereits sehr weitgehend von ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und rein wirtschaftlichen Erwägungen entfernt hat, sind die handelspolitischen Vorzüge ein weiterer Beweis für die Abkehr von wirtschaftspolitischen Grundbegriffen, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges einen starken Einfluß auf die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ausgeübt haben, allerdings im Kern schon in den vorhin erwähnten wirtschaftsimperialistischen Erdströmungen liegen. Es zeugen heute Samenfrüchte, die damals ausgesät wurden, und diese Frucht wirkt nachteilig auf das weltwirtschaftliche Gefüge ein. Der fröhen vorhandenen sinnvolle Zusammenhang zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen auf der Erde wird gelöst, die krisenrührigen Faktoren werden wirksam. Letztlich kann aber die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung durch protektionistische Maßnahmen nicht aufgehoben werden. Sie beruht auf natürlichen Zusammenhängen, die den Naturgesetzen entgegenwirken.

Aber irrationale handelspolitische Maßnahmen erschweren sicherlich die Erholung der Welt von der schweren Wirtschaftskrise, in der sie sich befindet. — Handelspolitik und Agrarpolitik stehen in engem Zusammenhang miteinander. Die engsten wirtschaftlichen mechanisierten Getreidebetriebe in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Argentinien haben ihre Produktionskosten auf amerikanischem Stoppengebiet bis auf 80 bis 95 Mark die Tonne herabgedrückt. Die deutschen Produktionskosten für Weizen betragen das Doppelte. Alle europäischen Anbaugebiete schätzen ihre Landwirtschaft vor dieser räumlichen Konkurrenz. So entsteht Überproduktion in den Agrargebieten und Überproduktionsismus in den europäischen Anbaugebieten mit lösenden Wirkungen mandchurischer Art. Gegenüber der Zeit vor 1900 hat der überseeische Farmer einen größeren Kohlenverbrauch, weil nicht nur seine Produktionskosten gesunken, sondern die der europäischen Getreidebauer die Vorratsbildung über alles Maß hinausgewachsen, weil zur Umdeutung der Anbauflächen die Magalinierung der Abwechslung früherer Ernten durch bessere Konfektionsmethoden und die Wirkung der Getreide-

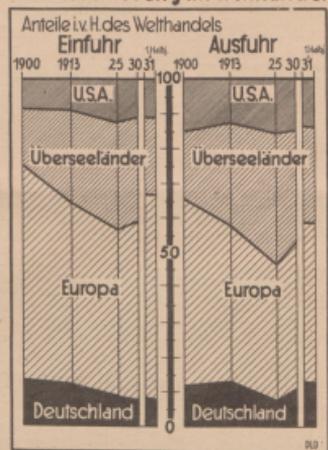
pools hinzugekommen ist. Die Folge ist eine aus der Überproduktion entspringende Not der überseeischen Farmer und eine Agrarnot bei den durch diese Konkurrenten bedrohten europäischen Bauern, gegen die in Europa politische Maßnahmen angesetzt werden, die wieder einwirkend andere, den weltwirtschaftlichen Zusammenhang lösende Folgen nach sich ziehen. Auf der anderen Seite des Ozeans ist empfangen geworden.

Das Mengenproblem vermag er nur zu lösen, wenn er sich zu erheblicher Einschränkung seiner Produktion entschließt. Die Subventionspolitik der Regierungen verlangt aber diesen Gegenangriff. Die Intensivierung der europäischen Landwirtschaft hat so zu Parallelergebnissen der überseeischen Agrarprobleme geführt, die internationalen Zusammenhänge fast schwieriger zu lösen sind als bei der letzten großen Agrarkrise, auf die der allgemeine Charakter der weltwirtschaftlichen Entwicklung lösende wirkte.

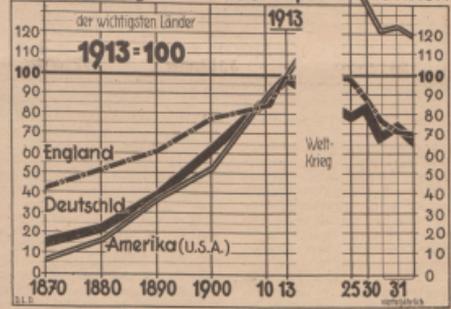
Die gewerbliche Produktionssteigerung in der letzten Aufschwungsperiode vor dem Kriege hielt noch stark unter dem Eindruck der zunehmenden Zunahme anorganischer Stoffe auf mechanische Gewebe, Meße und Meße ist an Stelle dieser Werkstoffe das von der Chemie angewandte analytische Verfahren getreten, das mehr Kapital, aber weniger Kohlenstoff erfordert und dadurch den Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusst. Die ungeheure Ausweitung der gewerblichen Produktion illustriert der Jenseits der Vereinigten Staaten, nach dem die Produktionsmenge in den 42 Hauptindustrien von 100 im Jahre 1899 auf 247 im Jahre 1925, die Arbeiterzahl in der gleichen Zeit aber nur von 100 auf 120 gewachsen ist. In Deutschland lag von 1900 bis 1913 die Eisenproduktion um 8,5 auf 19,2, die Kohlenförderung von 149,8 auf 277,5 Millionen Tonnen. Im Reich der Kohle, des Stahls, der Elektrotechnik, der Chemie, der Textilien und des Maschinenbaus vermehrte sich die Produktion von 1913 bis 1927 noch um 15 v. H. Eine relative Überproduktion für viele Produkte ist das Ergebnis dieser riesigen Entwicklung. Der Individualbetrieb verschwindet und macht gesellschaftlichen Organisationsformen Platz, die dem eigenen Haus zu Märkten tragenden persönlichen Unternehmen fehlen. Die Sendung zur Überproduktion, ohnehin schon im Zuge der Zeit liegend, wird dadurch gefördert. Immer kleinere, Kapital verschlingende Rationalisierungselemente werden gemacht, erhöhen die Fall der fixen Kosten und erschweren die Absorption der Erzeugung an die Marktschwankungen, weil die nachschwellen rationalisierter Betriebe um so näher bei hundertprozentiger Beschäftigung liegt, je komplizierter und technisch vollkommener die Rationalisierungseinrichtungen sind. Besonders in Deutschland und in den Vereinigten Staaten ist die Krisenempfindlichkeit zahlreicher Industriebetriebe durch diese Zusammenhänge gewachsen. Das organisatorische Rationalisierungsmittel: Trusts, Kartelle und andere marktbeeinflussende Gebilde mit ihren gebundenen

Preisen hat gleichfalls die Anpassungsfähigkeit der gewerblichen Produktion an die Schwankungen von Angebot und Nachfrage vermindert. Ganz deutlich zeigt sich das an der Preisbarriere der gebundenen Preise, verglichen mit den Indizes für reagible Preise. Wagemann nimmt an, daß in Deutschland etwa 20 v. H. der Kohlenpreise, 25 bis 30 v. H. der Industriepreise und 15 bis 20 v. H. der Preise von Produkten des Handwerks gebunden sind. In schnellerem Tempo breiten sich in der Nachkriegszeit auch im

Die Verschiebung im Welthandel



Entwicklung der Industrieproduktion



Preisen hat gleichfalls die Anpassungsfähigkeit der gewerblichen Produktion an die Schwankungen von Angebot und Nachfrage vermindert. Ganz deutlich zeigt sich das an der Preisbarriere der gebundenen Preise, verglichen mit den Indizes für reagible Preise. Wagemann nimmt an, daß in Deutschland etwa 20 v. H. der Kohlenpreise, 25 bis 30 v. H. der Industriepreise und 15 bis 20 v. H. der Preise von Produkten des Handwerks gebunden sind. In schnellerem Tempo breiten sich in der Nachkriegszeit auch im

internationalen Verkehr die Kartelle aus. Eine amerikanische Schätzung bezifferte die internationalen Kartelle 1915 auf 110, heute rechnet man mit 220 bis 250. Das Wachstum ihrer qualitativen Bedeutung übertrifft aber das quantitative erheblich. Die Kartellpreise verhindern genügendes Abgleiten der Preise für Produktionsgüter, die bei allen früheren Kriegen unter die Rohstoff- und Agrarpreise sanken, und stellen darum ein Hindernis der Krisenüberwindung dar, das sich in seiner ganzen Bedeutung zum ersten Male offenbart!

Es bedarf keiner näheren Darlegungen, daß die vorstehend angeführten Änderungen der internationalen Wirtschaftsstruktur zum Teil weitgehende Wirkungen auf den volkswirtschaftlichen Kreislauf ausüben müssen. Sie beeinflussen Umfang, Form und Metho-

den des Abflusses, wenn nicht allgemein, so doch für einzelne Volkswirtschaften. Lloydmeyer glaubt Mitte Juli den durch die Krise verursachten Ausfall für sämtliche Länder des europäischen-amerikanischen Kulturkreises bis Ende 1931 auf 150 Milliarden veranschlagen zu können. Ob diese Ziffer nun zu hoch oder zu gering geschätzt sein mag; daß solche Berechnungen angefertigt werden können, veranschaulicht das ungeheuerliche Gewicht der Krise für die Völker mit entwickelter Wirtschaftsorganisation! Und all das Elend wird nicht durch Unergiebigkeit der Produktion und der Produktivkräfte erzeugt, sondern durch Mangel in der Verteilungssysteme. Die Krise ist heute ähnlich richtig wie vor hundert Jahren durch das damals geprägte Wort Fourriers gekennzeichnet: Krise des Überflusses!

Verwirrung der Währungsbegriffe

Von Kurt Heinig, M. D. N.

früher nannten sich die Goldmacher ganz einfach Alchimisten, jetzt nennen sie sich Erneuerer. Aber diejenigen, die ihnen bei- während zusehen, sind fast noch jünger, es sind Gesinnungs- oder Spekulantengeld zu „machen“ ist immer eine Sehnsucht der geistig einfachen Menschen gewesen. Das Dufayensmännchen spielt auf den Jahrmärkten auch heute noch seine dramatische Rolle, obwohl es über den vielen neuen Währungstheorien die durch die Not der Zeit dem deutschen Volke beibringt werden, behaube ins Dergleichen geraten ist. Sie machen so viel Kämm, daß darüber kaum noch die Vernunft gehört wird. Deswegen sei hier in kurzem Abriss versucht, die neuen Geldmachertheorien in ihrem Wesen — nicht nach ihren Begriffen — darzustellen.

Vorerst: Warum nicht nach ihren Begriffen? Weil die Begriffe der neuen Währungstheorien nur D e r r i t z u n g e n sind! Zum Beispiel: „S i n n e m a r k“. Andere als Binnenwährungen (nationale Währungen) gibt es überhaupt nicht! „S i n n e m a r k“. Andere als Binnenwährungen (nationale Währungen) gibt es überhaupt nicht! „S i n n e m a r k“. Andere als Binnenwährungen (nationale Währungen) gibt es überhaupt nicht! „S i n n e m a r k“.

Auch Kaurimuscheln sind eine neue Währung. Wenn mit Binnenmark aber etwa eine Währung gemeint sein soll, die andere Länder nichts angehen darf, dann muß Deutschland mit einer chinesischen Natur umgeben werden. Sobald ein Land auch nur für fünf Pfennige Handel über die Grenzen treibt, wird seine Binnenwährung mit der Binnenwährung anderer Länder in irgendein Wertmaßverhältnis gesetzt werden. Es wird immer einen Handel in den verschiedenen staatlichen Währungen der Welt geben. Oder zum anderen Beispiel: „R o g g e n m a r k“. Gegen Ende der Inflation weitgerien ließ in besondern die Landwirt, die wertlosen Inflations- & Milliarden Scheine anzunehmen. Hefflerich schlug damals eine Währung vor, deren Wertseinheit 1 Pfd. Roggen war. Rog-

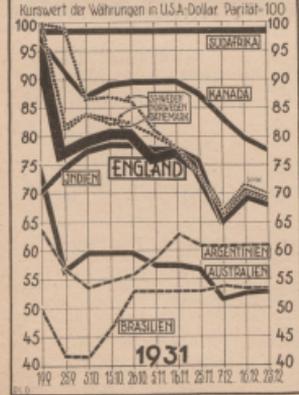
gen ist keine in Werte beständige Währungsunterlage. Wer verlangt deren Wertmaß der Preis des Roggens sein soll? — Hefflerich veröffentlichte seinen Währungsplan unter dem Titel „Brotwährung“ in der „Kreuzzeitung“ vom 14. Septbr. 1925. Der Plan wollte die Ernte mobilisieren, er wollte dem Landwirt ein Geld bieten, dessen Grundlagen er verlor. Der damalige Reichsfinanzminister Hilferding wandelte den Hefflerich'schen Roggenmarkplan zur R e n t e m a r k.

Man darf also das Wesen der vielen neuen Währungsvorschläge nicht nach den Begriffen unterzuden, mit denen sie bezeichnet sind, sie treffen nicht die Sache, sondern nur die Unklarheit und Unorientiertheit ihrer Erfinder.

Nach ihrem Wesen beruhen alle Vorschläge aber Geldschöpfung auf zwei Motiven: A. die einen wollen mehr Geld machen, um damit K r e s s e zu schaffen, weil man Geld verdienen kann, wenn man es zu „ver-

meint, daß damit Produktion erzeugt, also Arbeit geschaffen werden könne. B. die anderen wollen das Geld vermehren, um es zu „ver-

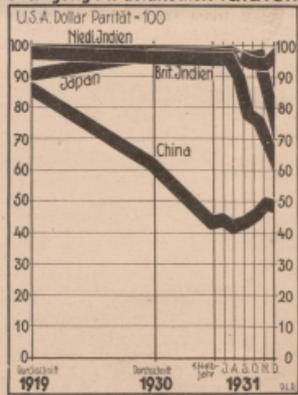
Der Pfundsturz und seine Rückwirkungen



Die Differenz zwischen Index und Familienhaushalt

Abnehmerhaushalt mit	Indexhaushalt und Familienhaushalt nach der Sondererhebung 1927 i. v. H.			
	Ernährung	Wohnung	Licht	Beheizte Sonstiges
Index 1913	94,7	20,4	58	100
Index 1927	56,3	15,0	55	108
2500/3000	58,5	18,3	53	157
2500/3000	58,3	17,0	50	14,5
3000/3600	56,7	17,1	49	5,8
3600/4300	55,6	16,9	49	16,8
über 4300	53,0	18,0	57	18,7
Angestellter ca. 4700	46,6	23,1	47	17,0
Beamter ca. 5400	43,4	24,0	4,8	19,2

Bewegung der asiatischen Valuten



würden diese Staatsfälschungen im Geldumlauf bleiben, also die Zahlungsmittelmenge entsprechend vermehren. Aus einigen Kreisen der Landwirtschaft wird verlangt, daß die Staatsfälschungen unter keinen Umständen für staatliche und kommunale Zwecke ausgegeben, sondern „der Bedarfswirtschaft zum Werteschaufen ausgehändigt“ werden. „Die wertschöpfende Wirtschaft, Landwirtschaft, Bergwerke, Hausgewerbe usw. können die Zahlungsmittel unmittelbar vom Staat erhalten, ein Bruchteil des Ertragswertes bildet die Grundlage und wird entsprechend staatlich belastet.“ Auch hier haben wir es mit nichts anderem als mit Kreditbeschöpfung durch Geldraub zu tun. Diese Staatsfälschungen würden den Geldmittelaufbau ebenfalls entsprechend vermehren, nachdem sie bestimmten privaten Wirtschaftskreisen ausgehändigt worden sind.

Die Geldschöpfung aller Sorten betreiben selbstverständlich, daß sie irgendeine Inflation wollen, aber sie sind immer als Geldvermehrter Vermögensläufer Geld, „verbilligt“, also Inflationen einzeln. Sie wollen die Menge des jetzt umlaufenden Geldes um einige Milliarden vermehren.

Die deutsche Währung ist aus ganz anderen Gründen „krank“, als die Wunderdoktoren glauben machen wollen. Ein Währungsreform, das stabile, also gleichbleibende Preise sichert, regiert über-

haupt nicht. Wollte man die Währung zum Beispiel auf einem Wertindex statt auf Gold aufbauen, dann würde der Streit um die Berechnungsgrundlagen des Index eine politische Maßfrage sein. Wenn das Vertrauen fehlt — 1931 war das Jahr der Vertrauenskrise der ganzen Welt — und jeder nur noch an Vertikow und Strumpf als sicheren Refugium glaubt, wenn alle Gläubiger ihre Kredite zurückfordern und dazu die Welt mit einer ungeheuerlichen Kriegshypothek belastet ist, deren Gegenwert in die Luft flog und vernichtet wurde, dann gibt es überhaupt keine Währung, die gesund bleiben kann. Wir müssen die Atmosphäre bereinigen, in der die Währungen leben, dann werden sie auch wieder funktionieren; kranke Währungen sind folgen, nicht Ursachen. Deswegen dürfen wir keine Kurpfuscher an die deutsche Mark lassen, die meinen, die wirtschaftlichen Verhältnisse würden sich bessern, wenn die Mark irgendwie „verlängert“ oder „gestreckt“ würde. Selbstverständlich würden sich alle Schuldner freuen, wenn ihre Last kleiner würde. (Das ist die Kategorie B!) Aber zu den dann geschädigten Gläubigern gehören auch die Verkäufer von Arbeitskraft — sie alle noch die Betroffenen. Krisenlose Politik machen ist besser als Währungsreformen durch Selbsttheorien hellen zu wollen.

Die deutschen Länder

Wer regiert?

Von Oberreg.-Rat Dr. H. Teipel

In Deutschland gibt es zur Zeit 17 Länder, die insgesamt nach dem gleichen System regiert werden wie das Reich, obwohl sich ihre Aufgaben von denen des Reiches erheblich unterscheiden. Auch die Länder haben ihren Parlamentarismus und dasselbe Wahlverfahren wie das Reich, also dieselben Methoden, ihren Volkswillen für die Staatsführung zu organisieren. Die einzelnen Regierungen und deren parlamentarische Basen werden erheblich voneinander ab.

Preußen

In Preußen ist zuletzt am 30. Mai 1928 gewählt worden. Die Wahlen besiegten die bis dahin ziemlich unsichere Mehrheit der sogenannten Weimarer Parteien. Sie beträgt zur Zeit 232 gegen 218 Stimmen einer in sich gegensätzlichen Opposition. Das parteigebundene Kabinett, in dem die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Staatspartei vertreten sind, hat sich darum bisher als sehr stabil erwiesen. Am 20. Mai 1932 ist die jetzige Legislaturperiode des Landtags abgelaufen. Ob alsdann wieder ein parteigebundenes Kabinett mit derselben vorbildlichen Stetigkeit geschaffen werden kann, erscheint angesichts der inzwischen eingetretenen gewaltigen Meinungsverschiebungen in der Wählerschaft wenigstens augenblicklich sehr fraglich.

Bayern

Am 22. August 1930 ist das Kabinett Dr. Feld zurückgetreten, nachdem kurze Zeit vorher der Bauernbund seinen Führer Dr. Fehr aus der Regierung zurückgezogen hatte. Seitdem hat die Regierung Dr. Feld nur „geschäftsführender“ Charakter. Vertreten sind in ihr die Bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen, letztere durch den Justizminister Dr. Gürtner. Aus dem Landtag, der ebenfalls zuletzt am 20. Mai 1928 gewählt worden ist, müßten im November auf Grund eines Urteils des Staatsgerichtshofes kommen drei Mandate ausgehen. Ihre Verteilung war als „verfassungswidrig“ erklärt worden. Eine legitime Regierungskoalition besteht nicht mehr. Wichtige Sanierungsmaßnahmen hat die Regierung mit Hilfe der Sozialdemokratie durchgeführt.

Württemberg

Nach den am 20. Mai 1928 erfolgten Landtagswahlen wurde eine Regierung gebildet, die sich auf die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten und der Deutschen Volkspartei stützte. Sie verfügte über 40 Mandate von insgesamt 80 und war daher nur beschränkt arbeitsfähig. Durch den späteren Beitritt dieser beiden Gruppen verfügt sie jetzt über eine Mehrheit von 47 gegen 33 Stimmen. Die neuen Gemeindevahlen in Württemberg haben jedoch ein derartiges Wachstum der radikalen Flügelparteien auf Kosten aller anderen Parteien — mit Ausnahme nur des Zentrums — ergeben, das die Aussichten für eine feste Mehrheitskoalition nach den kommenden Landtagswahlen sehr pessimistisch beurteilt werden müssen.

Sachsen



In Sachsen regiert ein reines Beamtenkabinett, dessen vier Minister es ablehnen, als parteigebunden zu gelten, auch wenn zwei von ihnen, der Ministerpräsident, der zugleich das Kultusministerium verwaltet, und der Finanzminister, der Deutschen Volkspartei entnommen. Die Sozialdemokratie besitzt mit 32 Abgeordneten unter insgesamt 92 die stärkste Fraktion, nach ihr kommen mit 14 Abgeordneten die Kommunisten. Die regierende Deutsche Volkspartei besitzt nur 8 Mandate, das übrige ist zerstückelt. Der jetzige Landtag ist am 22. Juni 1930 gewählt worden. Gewöhnlich ist ein Volkstentative auf Auflösung des Landtags in Vorbereitung.

Bemerkenswert war der Verlauf der am 24. November 1930 getätigten Neuwahl des Landtagspräsidenten. Als Parteigebundener der Sozialdemokrat Wesel wiedergewählt, erster Vizepräsident wurde der bisherige zweite Vizepräsident Beetzmeister von der Staatspartei. Sie zählt nur drei Mandate. Zweiter Vizepräsident wurde der Abgeordnete Kasse von der Volksnationalen Reichsvereinsung, die aber nur zwei Mandate verfügt. Die völlige Zerfahrenheit der „bürgerlichen“ Mandatsgruppen hat es diesmal der Sozialdemokratie ermöglicht, das Landtagspräsidium nach eigenem Gutdünken zusammenzusetzen.

Baden



In Baden regiert seit den letzten Landtagswahlen im November 1929 eine parteigebundene Regierung. Sie stützte sich zunächst auf eine Koalition von Zentrum und Sozialdemokratie, nachdem bis zu den Wahlen ununterbrochen die Weimarer Koalition bestanden hatte. Die Demokraten (Staatspartei) lehnten es aber nach den Neuwahlen ab, dem Zentrum das Kultusministerium zu überlassen. Da die Deutsche Volkspartei hierüber entgegenkommender dachte, wurde sie zu Beginn des Jahres 1931 mit der Vermutung des Finanzministeriums beauftragt. Baden besitzt also jetzt eine parlamentarische Regierungs-Koalition aus Zentrum, Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei. Sie verfügt über 39 Mandate von insgesamt 91. Auch Zentrum (34 Mandate) und Sozialdemokratie (18 Mandate) besitzen für sich bereits die absolute Mehrheit.

Hessen



In Hessen regierte seit Beginn der Demokratie bis zu den letzten Neuwahlen ununterbrochen die Weimarer Koalition. Sie ist durch die am 15. November 1931 erfolgten Neuwahlen erschüttert worden. Danach setzte sich der Landtag wie folgt neu zusammen: Sozialdemokraten 13 (bisher 24), Zentrum 10 (15), Kommunisten 10 (4), Kommunistische Opposition 1 (2), Deutsche Volkspartei 1 (7), Staatspartei 1 (2), (Hilfsdemokraten), Christlich-sozialer Volksdienst 1 (0), Hessisches Landvolk 2 (9), Deutschnationale 1 (5), Sozialistische Arbeiterpartei 1 (0), Nationalsozialistische Partei 27 (1). Die bisherige Koalition wurde damit von 70 Mandaten insgesamt über nur 26 verfügen, während

die Nationalsozialisten allein 27 Abgeordnete zählen. Bei der Wahl zum Landtagspräsidenten ist das Zentrum für den nationalsozialistischen Kandidaten eingetreten, so daß dieser gewählt wurde. Das bisherige Kabinett der Weimarer Koalition ist nach den Neuwahlen zurückgetreten und fungiert als „Geschäftskabinett“ weiter. Von den vorhandenen vier Ministern ist das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, das der Demokrat Korell verwaltet, am 1. Dezember 1931 zwischen Innen- und Finanzministerium aufgeteilt worden.

Odenburg



Die letzten Landtagswahlen am 7. Mai 1931 ergaben folgende Mandatsverteilung: 19 Nationalsozialisten, 2 Deutsche, 2 Deutsche Volkspartei, 1 Landvolkspartei, 9 Zentrum, 1 Staatspartei, 1 Sozialdemokraten und 3 Kommunisten. Da eine parlamentarische Koalitionsbildung ausichtslos erschien, blieb wie in der vorangegangenen Legislaturperiode ein reines Geschäftskabinett mit drei Ministern in der Verantwortung. Es war nach den Wahlen auf Grund eines angenehmen Mißtrauensantrags zurückgetreten. Die Rechte strebt mit einem Volksbegehren Neuwahlen an.

Thüringen



Nach den am 8. Dezember 1929 erfolgten Landtagswahlen wurde zunächst eine Rechtskoalition, bestehend aus Vertretern der Landvolkspartei, der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei gebildet. Mit den unterliegenden Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei verließ das Kabinett über 28 Stimmen von insgesamt 55. Mißbilligungen zwischen dem nationalsozialistischen Innenminister Dr. Frid und der Deutschen Volkspartei haben zum Ausscheiden der Nationalsozialisten aus der Regierungskoalition geführt, so daß nunmehr ein Geschäftskabinett aus zwei Ministern die Verwaltung weiterführt, das von den Sozialdemokraten, mit 18 Mandaten die stärkste Fraktion, toleriert wird.

Braunschweig



Auch in Braunschweig ist nach den Landtagswahlen am 14. September 1930 eine Rechtskoalition zustande gekommen. Das aus 40 Abgeordneten bestehende Parlament setzt sich zusammen aus 11 Abgeordneten der Bürgerlichen Einheitsliste, 9 Nationalsozialisten, 1 Volkssozialen, 17 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten. Von dem einen volksnationalen Abgeordneten hängt das parlamentarische Vertrauen oder Mißtrauen ab. Zeben dem deutschnationalen Ministerpräsidenten Dr. Klüdenhal war zunächst der Nationalsozialist Dr. Franzen Innenminister. Er ist inzwischen von Hitler durch den ehemaligen Volksschullehrer Klages ersetzt worden.

Mecklenburg-Schwerin



Der Landtag von Mecklenburg-Schwerin setzt sich aus 48 Mitgliedern zusammen. Die Regierung wird von der vereinigten Rechten mit Unterstützung der Nationalsozialisten getragen und verfügt über 25 Stimmen gegenüber 23 der Opposition von Sozialdemokraten (20) und Kommunisten (3). Da nur der Ministerpräsident parteipolitisch abgestempelt ist (Deutschnationale Volkspartei), gilt das Kabinett nicht im parlamentarischen Sinne als parteipolitisches Koalitionskabinett. Juni 1932 muß neu gewählt werden.

Mecklenburg-Strelitz



Der Landtag von Mecklenburg-Strelitz setzt sich aus 35 Mitgliedern zusammen: 13 Sozialdemokraten, 10 Deutschnationale, 5 Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft (Demokraten und Handwerker), 5 Arbeitsgemeinschaft der Mitte, 3 Kommunisten, 1 Volkischer. Das Kabinett besteht aus einem Ministerpräsidenten und drei Staatsräten. Am 4. Dezember 1931 wurde der sozialistische Ministerpräsident von Reibnitz durch einen deutschnationalen Mißtrauensantrag, dem auch seine drei bürgerlichen Staatsräte zustimmten, mit 22 gegen 13 Stimmen gestürzt. Der Landtagspräsident ernannte alsbald den deutschnationalen Abgeordneten von Michael zum Ministerpräsidenten, der die drei früheren, von Reibnitz nach der Abstimmung gestürzten Staatsräte in ihr Amt zurückberief. Auch durch Schwendung der Mittelparteien bürgerliches Mehrheitskabinett. Neuwahlen finden wahrscheinlich im Februar 1932 statt.

Inhalt



In Anhalt ist zuerst im Mai 1928 zum Landtag gewählt worden. Von den 36 Gewählten rechnen 15 zu den Sozialdemokraten, 3 zu den Kommunisten, das ist also die Hälfte. Die übrige Hälfte ist auf verschiedene bürgerliche Parteien zerplittert, darunter 1 Nationalsozialist, 1 Stahlhelmer und 1 Deutschnationaler. Regiert wird von einem Ministerpräsidenten aus zwei Ministern. Der Ministerpräsident ist Sozialist, sein Mitarbeiter Demokrat. Bei den Kommunalwahlen vom 26. Oktober 1931 haben die Nationalsozialisten einen starken

Gewinn auf Kosten der bürgerlichen Parteien davongetragen. Auch die Sozialdemokraten hatten erhebliche Verluste. Die nächsten Landtagswahlen finden im Mai 1932 statt.

Schaumburg-Ölpe



Am 8. Mai 1931 wurden Neuwahlen für den Landtag vorgenommen, die die Zusammenlegung nicht wesentlich geändert haben. Die Hitlerpartei hat den bürgerlichen Parteien 4 von 7 Mandaten weggenommen. Die Sozialdemokratie verlor von ihren 8 Mandaten 1 an die Kommunisten. Im Ganzen gibt es 13 Mandate. Bis zu den Neuwahlen im Mai 1931 regierte so etwas wie eine Große Koalition unter sozialdemokratischer Präsidentschaft. Sie ist durch die Neuwahlen nicht beseitigt worden.

Ölpe-Deimold



Von den 21 Mitgliedern des Landtages von Ölpe-Deimold gehören seit den Wahlen vom 6. Januar 1929 9 Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei, 5 den Deutschnationalen, 2 der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei, 3 der Deutschen Volkspartei sowie je ein Abgeordneter der Volkrechtspartei, der Wirtschaftspartei, den Demokraten und den Kommunisten an. Die Regierung wird gestellt von einem sozialdemokratischen Landespräsidenten und zwei Mitarbeitern, von denen der eine den Deutschnationalen, der andere der Volkrechtspartei zugehört wird. Als eine Koalitionsregierung sozusagen von Eugenberg bis Weisbach.

Hamburg



Ende September 1931 ist die Bürgerschaft neu gewählt worden, mit folgendem Ergebnis: 46 Sozialdemokraten, 43 Nationalsozialisten, 35 Kommunisten, 14 Staatspartei, 9 Deutschnationalen, 7 Deutsche Volkspartei, 2 Wirtschaftspartei, 2 Zentrum, 2 Christlich-Soziale. Bis zu den Wahlen regierte ein Senat der Großen Koalition. Ebe die neuwählte Bürgerschaft zusammentrat, erklärte der Senat seinen Rücktritt und wurde damit für so lange Zeit „geschäftsfähig“ als Kabinett, als die Bürgerschaft nicht eine neue Koalitionsmehrheit in sich gruppiert hat. Das ist aber eine Aufgabe, die auf Grund der neuen fraktionsfärsenverhältnisse kaum zu lösen ist. Also auch hier vorläufig keine parlamentarische Regierung.

Bremen



Die letzten Bürgerchaftswahlen haben am 30. November 1930 stattgefunden. Sie zeigten folgendes Ergebnis: 32 Nationalsozialisten, 6 Deutschnationale, 15 Deutsche Volkspartei, 2 Wirtschaftspartei, 3 Hausbesitzerpartei, 1 Konfessionar, 2 Zentrum, 5 Deutsche Staatspartei, 40 Sozialdemokraten und 12 Kommunisten. Also wiederum Stürzeverhältnisse, die eine parlamentarische Koalition außerordentlich erschwerten. Die „bürgerlichen“ Mandate einschließlich der 32 nationalsozialistischen betragen von insgesamt 120 jetzt 68. Die GroÙe Koalition hat infolge des Wahlergebnisses bei weitem nicht mehr die frühere starke Mehrheit, ist aber bestehen geblieben.

Säbnd



Seit den letzten Bürgerchaftswahlen vom 10. November 1929 herrscht die „GroÙe Koalition“. Von den 9 Senatoren gehören 4 der Sozialdemokratie, 3 dem Hanseatischen Volksbund (Bürgerliche Einheitsfront) und 2 den Demokraten an. Die 80 Mandate verteilen sich folgendermaßen: 34 Sozialdemokraten, 29 Hanseatischer Volksbund, 5 Demokraten, 1 Grundbesitzer, 6 Nationalsozialisten und 7 Kommunisten. Von den Senatoren ist ein Teil auf Lebenszeit gewählt.

Schlufbemerkungen

In Hessen liegen die Regierungsverhältnisse noch offen. Ein parlamentarisches Kabinett scheint kaum möglich zu sein. Zentrum und Nationalsozialisten kämpfen noch um seine „Bedingungen“.

Parlamentarische Mehrheitskabinette, wie von dem o. f. r. a. t. i. c. h. geminten Parteien gestellt werden, gibt es noch in Preußen, Württemberg und Baden, außerdem in den kleinen Ländern Schaumburg-Ölpe, Ölpe-Deimold, Bremen und Säbnd. In diesen letzteren herrscht die „GroÙe Koalition“, in Ölpe-Deimold sogar unter Einbeziehung der Deutschnationalen. Die Zerplitterung der Parteien hat hier so breite Zusammenfassungen notwendig gemacht. Ein parlamentarisches Mehrheitskabinett besteht noch in Anhalt. In den beiden Mecklenburg bedarf die Regierung nationalsozialistischer Unterstützung, um arbeiten zu können. In den übrigen Ländern, also in Bayern, Sachsen, Oldenburg, Thüringen und Hamburg, hat jede Parteidogebundenheit der Kabinette aufgehört.

Politische Chronik

Vom 29. Dezember 1931 bis 12. Januar 1932

Welting's Mein zu den Tributabzahlungen:

Reichskanzler Dr. Brüning gewährt dem Chefredakteur des WZ. eine Unterredung, in der er betont, daß die Lage Deutschlands, wie auch der Baseler Sachverständigendenbericht beweise, gletscherisch ein gemeinsames Handeln der Regierungen, und zwar ein sofortiges Handeln verlange. Die Fortsetzung politischer Zahlungen ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern der ganzen Welt un möglich. Deshalb seien auch Kompromißlösungen nicht mehr am Platz, die das System der politischen Zahlungen aufrecht erhalten wollten (9. 1. 32). — Die Ausführungen des deutschen Reichskanzlers, die durch ähnliche Erklärungen gegenüber dem englischen Vorkäufer in Berlin unterfunden wurden, finden in der ganzen Welt großen Widerhall. Frankreich droht mit Repressalien; die bedingungslose Verlängerung des 25-Millionen-Dollar-Kredits wird auf Betreiben des Gouverneurs der Bank von Frankreich, Moret, zum Dermalungsrat der Bank für Internationale Zahlungen in Basel abgelehnt (11. 1.). — Die Reparationskonferenz wird voraussichtlich am 25. Januar in Lausanne beginnen, nachdem sich alle Regierungen grundsätzlich auf diesen Termin geeinigt haben. Die deutsche Delegation wird von Reichskanzler Dr. Brüning geführt, außerdem werden Reichsfinanzminister Dietrich, Reichswirtschaftsminister Warmbold und der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Billow an der Konferenz teilnehmen.

Ausland:

Das Kabinett Kanai tritt zurück (2. 1.). — Auf den Kaiser von Japan wird ein Ultimatum ausgestellt (8. 1.), der darauf abgelehnt. Mitglieder des japanischen Kabinetts wird vom Kaiser nicht angenommen. — Die japanischen Operationen in der Mandchurien werden nach Einnahme von Chindow fortgesetzt. — Die Vereinigten Staaten richten eine Note an Japan und China, in der gegen jede Verletzung der amerikanischen Vertragsrechte in China protestiert wird (8. 1.). — Staatssekretär Stimson fordert im Auswärtigen Amt den Ausschluß des Repräsentantenhauses die Abrüstung der Militärs. Die Laifache, die die Militärs nicht nach dem Beispiel Deutschlands abgerüstet hätten, habe einen Zustand der Ungleichheit in Europa geschaffen, der Erbitterung hervorruft (6. 1.). — In einem Vortrag, den der englische Volkswirtschaftler Keynes in Hamburg hält, erklärt er die Tribute für verabschauerenswert (8. 1.). — In der holländischen Presse wird die Streichung der Tribute und Revision der Friedenssituation verlangt (9. 1.). — Mussolini erklärt: Es ist Zeit, die tragische Verwicklung des Krieges (gemeint sind die Reparationen), zu schließen (12. 1.). — Zwischen Holland und Belgien wird ein Abkommen unterzeichnet, das eine Vorrangbehandlung bei Befreiung der Einfuhrkontingente vorsieht (8. 1.). — In der dänischen Hauptstadt beginnt eine Konferenz der Auswärtigen von Schweden, Norwegen und Dänemark, die ein gemeinsames wirtschaftliches Vorgehen der drei Länder zum Ziele hat (7. 1.). — Bei einer

Dolksabstimmung erklären sich über 70 v. H. des finnischen Volkes für die Abschaffung des Alkoholbetrabs. — In Spanien kommt es zu erneuten blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. — Der indische Führer Gandhi wird verhaftet (4. 1.). — Die Selbstbehauptung der Mandchurien wird ausgerufen (2. 1.). — In China wird eine neue Zentralregierung gebildet, in der das Kantonelement das Übergewicht erhält (31. 12.). — Polen verhängt seine Einfuhrsperre gegen deutsche Waren (31. 12.).

Reich:

Reichspräsident von Hindenburg richtet durch den Rundfunk eine Neujahrsansprache an das gesamte deutsche Volk, die auch auf ausländische Sender übertragen wird. In seiner Rede ermahnt der Reichspräsident das deutsche Volk zur Einigkeit und Treue (31. 12.). — Am Neujahrstag finden dann die großen politischen Empfänge beim Reichspräsidenten statt. Der päpstliche Nuntius Orsenigo spricht für das Diplomatische Korps, Reichspräsident von Hindenburg betont in seiner Antwortrede, daß es für die Welt verhängnisvoll wäre, wenn die Erwartungen in der Abrüstungsfrage noch einmal enttäuscht würden. Anschließend daran bringt die Reichsregierung ihre Glückwünsche dar (1. 1.). — In der Frage der Reichspräsidentenwahl verhandelt Reichskanzler Dr. Brüning mit dem Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, und Vertretern anderer politischer Parteien. — Der kommunistische Antrag auf Einberufung des Reichstags wird im Plenumsrat des Reichstags gegen die Stimmen der Antragsteller, Deutschnationalen und Nationalsozialisten abgelehnt (12. 1.). — Reichsärzteminister Schiele kündigt neue Maßnahmen zur Stärkung der bäuerlichen Produktion an (11. 1.). — Zwischen den Banken, Sparkassen und Genossenschaften wird ein Zinsabkommen unterzeichnet (11. 1.). — Die Zahl der Arbeitslosen ist in der zweiten Dezemberhälfte um rund 516 000 auf 5 666 000 gestiegen. — Dr. Goerdeler fordert als Preisminister die völlige Zeitigung der Tribute (6. 1.). — Die Reichspost senkt ab 15. Januar einen Teil ihrer Tarife. Tarif- und Preisfestsetzungen werden auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft vorgenommen. — Im Rahmen der Winterhilfe werden von der Reichsregierung neue Mittel zur Hilfsmittelbeschaffung bereitgestellt. — Die deutschen Leistungen an Frankreich in Höhe von 19 Milliarden Mark übersteigen mit 5,4 Milliarden Mark den Betrag, den Frankreich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete aufwendet hat (13,5 Milliarden Mark). — Die Reichsregierung veröffentlicht eine neue Militär-Eisenbahnordnung (28. 1.).

Länder und Gemeinden:

Die Württembergische Staatsregierung erläßt einen Aufruf zum Wiederaufbau des abgebrannten Stuttgarter Schloßes. — Die Gemeinde- und Kreisräte in Kippe bringen den Nationalsozialisten und Kommunisten Gewinne.

Zur Zeitgeschichte

Zur Methodik der Präsidentenwahlen

Mit dem 5. Mai 1932 läuft die siebenjährige Amtszeit des deutschen Reichspräsidenten ab. Nach Feststellungen von berufener Seite würde der Termin der Neuwahl spätestens auf den März festzusetzen sein, denn die Reichsverfassung sieht Volkswahl des Reichspräsidenten, gegebenenfalls in zwei Wahlgängen, vor, so daß vom ersten Wahlgang bis zur amtlichen Veröffentlichung des Wahlergebnisses mehrere Wochen vergehen können. Die Wahl des Staatsoberhauptes durch ein Plebiszit entspricht dem Gedankengang, das 3. B. in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika seinen Ausdruck gefunden hat. In den Republiken Europas ist es keineswegs die Regel, vielmehr befolgt man bei der Einföhrung der Staatsleitung die mannigfaltigsten Methoden, die vor folgende kurze Übersicht zeigt.

Es gibt unter den 35 europäischen Staaten heute 19 Republiken, wenn man das kleine San Marino und das minjale Andorra mitsählt. Drei von ihnen schreiben in ihrer Verfassung die Volkswahl vor; außer dem Deutschen Reich sind es Finnland und Österreich. Außerdem sieht eine Republik, Spanien — der jüngste freistaat Europas — ein Gemischt von Volks- und Parlamentswahl vor: das Land wählt zum Zwecke der Präsidentenwahl ebenso viele Männer wie Kammerabgeordnete vorhanden sind, und die „Elektoren“ treten dann mit den Deputierten zur Wahl des Staatspräsidenten zusammen. Dieses komplizierte System ist aber praktisch nach In-

fratretten der neuen Verfassung noch nicht angewandt worden; der erste spanische Staatspräsident ist vielmehr von der Kammer allein, ohne die Mitwirkung von besonders zu diesem Zweck vom Volk berufenen Wahlmännern, auf sechs Jahre gewählt worden. Ebenso ist auch die Volkswahl in Österreich, die durch Verfassungsänderung im Jahre 1929 eingeführt wurde, durch Einigung fast sämtlicher Parteien des Parlaments ausnahmsweise suspendiert worden: Bundespräsident Mikas wurde im vergangenen Jahr noch nach demselben System, das die österreichische Verfassung von 1919 vorgesehen hatte, durch die beiden Kammern, Nationalrat und Bundesrat, in gemeinsamer Wahl wiedergewählt.

Eine ähnliche Methode der Präsidentenwahl, wie sie bis zum Jahre 1929 in Österreich vorgesehen war, nämlich durch gemeinsame Abstimmung von zwei Kammern, befolgen noch fünf weitere freistaaten: die Schweiz, Frankreich, die Tschechoslowakei, Polen und Griechenland. Die Schweiz bestimmt dabei den Präsidenten, einem auf vier Jahre gewählten Ehrenamt von Bundesräten ernannt werden, nur jeweils auf ein Jahr. Im Gegensatz zu den eben genannten Ländern läßt Lettland sein Staatsoberhaupt durch eine Kammer bestimmen. Der nördliche Nachbar des lettischen Staates, Estland, kennt überhaupt kein Staatsoberhaupt neben dem Regierungschef, sondern läßt den Ministerpräsidenten zugleich die Funktionen des Staatspräsidenten wahrnehmen. Das entgegengelegte Extrem herrscht dagegen fast sechs Jahren an der südlichen Grenze Lettlands, in Litauen, wo 1926 durch einen Staatsstreich ein ditta-

torisches Regime eingesetzt wurde. Präsident Smetona, der seitdem regiert, steht seit einiger Zeit den Aufbau des Ausnahmezustandes und die Überleitung zu einer neuen Verfassung an, innerhalb derer die Wahl durch eine Kommission auf jeden Jahrs zu geschoben hätte. Wenn der Übergang erfolgreich voll ist, aber nach nicht bestimmt. Allerdings trägt sich auch der portugiesische Diktator, General Carmona, mit der Ablicht der Legalisierung des gleichfalls seit sechs Jahren in seinem Lande herrschenden Ausnahmezustandes. Ende des Jahres 1931 hat er eine dementsprechende Proklamation erlassen. Die dritte diktatorisch regierte Republik Europas, die Türkei, die freilich nach dem Friedensschluß von 1920 ihre Hauptstadt nach Kleinasien verlegte, hat ihren Staat nach den äußeren Formen des Parlamentarismus organisiert. Der Staatspräsident, Mustafa Kemal Pascha, der seit 1927 an der Spitze des Staates steht, wird jeweils von der Nationalversammlung auf vier Jahre ernannt. Seine Wiederwahl ist bereits zweimal erfolgt. Nach dem scheidolowischen Präsidenten Marafy, der seit Begründung der selbständigen scheidolowischen Republik dem Staate vorsteht, ist Mustafa Kemal der „Dienstälteste“ unter den europäischen Präsidenten. Als Dritter folgt mit einer siebenjährigen Amtszeit der deutsche Reichspräsident von Hindenburg. Freilich haben der finnische Staatspräsident Soininvaara und der litauische Präsident Smetona schon bei der Gründung ihrer Staaten vor 15 Jahren das Amt des Staatsoberhauptes bekleidet. Beide haben sich aber nach Verabschiedung einer Verfassung von den leitenden Stellen zurückgezogen und sich erst wieder in die Spitze ihrer Staaten gefunden. Soininvaara nach einem äußerst erregten Wahlkampf vor fast gerade einem Jahre. Mehrere Präsidenten der europäischen Länder bekleiden ihr Amt erst seit kurzer Zeit. So wählten im Jahre 1931 neuen Finnland und Österreich auch Frankreich, Spanien, Danzig und Estland ihre Staatsoberhäupter neu, und Präsident Doumer in Frankreich, Senatspräsident Fjehm in Danzig, Samora in Spanien und Páiz in Estland wurden zum erstenmal an die Spitze ihrer Staaten berufen. Zahlreiche Republiken bestimmen auch, daß der Staatspräsident nur einmal eine Wahlperiode lang diese Funktion wahrnehmen darf und nicht wiedewählbar ist. Das ist in Griechenland der Fall, das neben Spanien die jüngste Republik Europas ist. Eine Sonderstellung unter allen europäischen Staaten nimmt naturgemäß die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken ein. Sie kennt keinen eigentlichen Staatspräsidenten. Die Funktion eines solchen nimmt der Vorliegende des Exekutivkomitees der Sowjetunion, Michail Iwanowitsch Kalinin wahr. Er hat sein Amt bereits ununterbrochen seit 1919 inne.

In den meisten Ländern übernehmen Männer größten Alters das verantwortungsvolle Amt des höchsten Repräsentanten der Nation. So ist es neben den meisten und für erst kürzlich von Hindenburg der scheidolowische Staatspräsident Marafy das so Lebensjahre überschritten, der 1931 neu gewählte französische Präsident Doumer wird nächstens 75 Jahre alt, und der finnische Präsident Soininvaara sieht ihm an Alter wenig nach. Daß die ausgleichende Ruhe und Weisheit eines Alters, das den Menschen über den Streit der Parteien erhebt, einen besonderen Aktionsplan für die Leitung eines republikanischen Staates bedeuten, ist also nicht nur die Überzeugung des deutschen Volkes, sondern auch die zahlreicher anderer großer Kulturvölker. St.

Der japanisch-chinesische Konflikt

Das Ergebnis der letzten außerordentlichen Tagung des Döckerbundesrates über den japanisch-chinesischen Konflikt in Paris war genau so unbefriedigend wie das bei beiden früheren Tagungen. Das einzige Neue gegenüber diesen war allein die Einsetzung einer aus je einem Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Amerikas bestehenden Untersuchungskommission des Döckerbundesrates, die sich im Januar nach der Mandchurei begeben soll, deren Kompetenzen jedoch bezüglich beschränkt sind, daß sie eigentlich nur die Funktionen eines Berichterstatters des Döckerbundes besitzt. Die Lage in der Mandchurei ist somit nach keiner Richtung hin entspannt. Sie hat sich im Gegenteil weiter zugepoint. Kennzeichnend für sie war der Regierungswechsel, der sich in unmittelbarem Anschluß an die letzte Ratstagung sowohl in Japan als auch in China vollzogen hat. In Japan ist die bisherige Minjiseito-Regierung Wafatschi durch eine Seiyuntai-Regierung unter Inukai abgelöst worden, in China wenige Tage danach der chinesische Staatspräsident Chiang Kai-shek zurückgetreten. Was diese beiden Ereignisse bedeuten, kann nicht zweifelhaft sein.

Die Seiyuntai ist die Partei des verstorbenen ehemaligen Ministers,präsidenten General Tanaka, der in den Jahren 1927 und 1928 zur Befestigung von Schantung schritt und von hier aus dem Dornarsch der Südmanchinen unter Chiang Kai-shek auf Peking entgegengrat. Sie ist im Gegensatz zur Minjiseito und deren Größen wie der bisherige Ministerpräsident Wafatschi und sein Außenminister Seldohara die Partei der starken Hand gegenüber China. Inukai aber ist seit dem Tode Tanakas ihr Führer, sein Kabinett bis auf ganz wenige neue Namen das gleiche wie dasjenige Tanakas im Jahre 1927. Chiang Kai-shek wiederum war es, der im Jahre 1927 radikal

mit Moskau gebrochen und dessen bis dahin vorherrschenden Einfluß in der chinesischen Nationalbewegung beseitigt hatte, als dieser Einfluß verhängnisvolle Folgen zu zeitigen begann. Er war es gewesen, der Borodin und seinen Mitarbeitern energisch das Handwerk abgebrochen hatte, als diese äußerten, das im Entstehen begriffene neue China nach Moskau Marafy formen zu können, der nicht minder energisch auch unter der chinesischen Anhängererschaft Moskaus aufgeräumt hatte, als diese nach der Vertreibung Borodins Anstalten machte, sich ihm zu widersetzen und den Jöngnangs Moskaus in der chinesischen Nationalbewegung doch noch Geltung zu verschaffen. Chiang Kai-shek war ein Feind Moskaus, ein Gegner aller bolschewistischen Experimente in China. Sein Ziel war die Verständigung und Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Mächten bei gleichzeitiger Wiederherstellung und territorialen Freiheit Chinas, seine Persönlichkeit die Hauptfigur der antibolschewistischen front in China. Für ihn gab es keinerlei Parteilichkeit mit dem Bolschewismus mehr, sondern nur noch Kampf.

Die Männer, die seinen Rücktritt veranlaßt haben und jetzt an seine Stelle treten, sind von wesentlich anderer Art. Es sind die, die sich im April bereits von ihm getrennt und in Kanton eine Gegenregierung gegen ihn gebildet haben. Sie vertreten, wie alles, was von Kanton ausgeht, die schärfere und radikalere Richtung in der chinesischen Nationalbewegung und sind zum Teil sogar auf eine enge Zusammenarbeit des neuen China mit Sowjetrußland eingeleitet. Das gilt in erster Linie von dem bekannten Kantoner Politiker Wang Jing-wai und dem bisherigen Außenminister in Kanton, Liang Cih, der nunmehr auch in Kanton eine entscheidende Position in der neuen chinesischen Regierung übernehmen soll. Beide sind im Jahre 1927 nach dem Bruch Chiang Kai-sheks mit Moskau infolge ihrer radikalen Gesinnung und Hineinziehung zu Moskau durch Chiang Kai-shek jeglichen möglichen Einflusses in der chinesischen Nationalbewegung beraubt worden und haben seitdem längere Zeit in Moskau gelebt. Ihr Eintritt in die neue chinesische Zentralregierung und der Rücktritt Chiang Kai-sheks machen somit der chinesischen Außenpolitik den Weg zu einem erneuten engeren Zusammengehen mit Moskau frei.

Der Regierungswechsel in Japan deutete auf eine schärfere Politik Japans gegenüber China. Er war eine Demonstration gegen den Döckerbund und die Vereinigten Staaten, sein Zweck, beiden den festen Willen Japans möglichst eindringlich ins Auge zu führen, in der Mandchurei den einmal eingeschlagenen Weg ohne Rücksicht auf andere entschlossen bis zu Ende zu gehen. Der Rücktritt Chiang Kai-sheks war auch eine Demonstration, zugleich aber noch mehr. Er war eine Drohung Chiang Kai-sheks, in erster Linie an die Vereinigten Staaten und England, mit Verhältnissen, wie sie diese schon einmal in den Jahren 1926/1927, als Moskau die chinesische Nationalbewegung beherrschte, zum Schaden ihrer politischen und wirtschaftlichen Stellung in China erlebt haben. Chiang Kai-shek erinnerte durch seinen Rücktritt an seine Worte vor der Offiziersagung des Döckerbundesrats, abgelesen: Erklärung, daß China auch vor dem Ausbruch, vor einer Verbindung mit Moskau, nicht zurückzudenken werde, falls seinem Recht in dem Konflikt mit Japan nicht Genüge geschähe. Das war der Sinn seines Rücktritts. Er ist nicht der erste und braucht auch wie im Jahre 1927 kein ebengültiger zu sein, er kann es sein.

Mit dem Regierungswechsel in Japan und dem Rücktritt Chiang Kai-sheks ist der japanisch-chinesische Konflikt in eine neue, seine dritte Phase getreten. Wie sich diese entwickeln wird, kann nicht zweifelhaft sein. In der Mandchurei ist es zu neuen schweren Kämpfen gekommen und Japan hat auch nach dem Döckerbundesrat seine handhabendsten Teile der Mandchurei, die Segen von Takuhsien und Kichsien an der Mukden-Peking-Eisenbahn, mit dieser und den von ihr in die östliche Mongolei führenden chinesischen Eisenbahnen besetzt. Es hat Ernst mit seinen sogenannten „Polizeifunktionen“ gemacht, nachdem der chinesische Befehlshaber an der Peking-Mukden-Bahn es abgelehnt hatte, die in Frage kommenden Gebiete zu räumen und seine Truppen bis hinter die Große Mauer zurückzunehmen. Die Mandchurei soll von chinesischen Streitkräften reiflos gesäubert, sie soll in ihrer ganzen Ausdehnung seit der Hand der japanischen Truppen fest in japanischer Hand kommen, in der Deutschland durch den früheren Gouverneur von Ostpreußen, Dr. von Sömer, vertreten sein wird, in Wlajen eintritt.

Die neuen japanischen Operationen in der Südmandchurei haben England, Frankreich und die Vereinigten Staaten zu Schritten bei der japanischen Regierung in Tokio veranlaßt, die in ihrer ganzen Art sehr an den bekannten Einpruch Frankreichs, Großlands und Deutschlands gegen den Frieden von Shimonozi, der im Jahre 1896 bekanntlich den japanisch-chinesischen Krieg beendete, erinnern. Irrenden den Japaner föhnen diese englisch-amerikanisch-französischen Schritte aber nicht gen zu haben.

Der japanisch-chinesische Konflikt ist von einer feierlichen Lösung weiter denn je entfernt. Er ist der schwerste Konflikt, den die Welt seit dem Ende des Weltkrieges erlebt hat.

Blick in die Bücher

Konise Diel: „Ich werde Mutter.“ Bildbeigabe von Käthe Kollwitz. Verlag Carl Reißner, Dresden, 1932. 407 Seiten.

Ein gefundenes, nützlich und sympathisches Buch. Gefund vor allem insofern, als es einen Beitrag zur Weidung und Stärkung des Willens zur Mutterchaft, zum Kinde, bietet, geschrieben von einer werdenden Mutter während der Schwangerschaft. Sympathisch heißt, daß intime und zarte Dinge mit freimut und zugleich mit Delikatessie behandelt werden, was in deutscher Sprache einzuweisen zweifellos gewagt ist und frohgem von der Verfasserin in einer Weise durchgeführt wird, die Beifall verdient.

Beherzigenswert ist, daß von einem Mutter d e r u gesprochen wird. Die Verfasserin ist sich vielleicht selbst dessen nicht voll bewußt, daß sie damit der Mutterchaft eine allgemeine gültige soziale und kulturelle Bedeutung beilegt. Ich bin ganz ihrer Ansicht: „Diese Mütterleute sind, von der hohen Lebenswerte aus gesehen, unwichtig und belanglos, niemals aber der Mutterberuf der Frau! —“ Ob unsere Zeit tatsächlich anfängt, der Mutter gegenüber ungenügend zu sein, ist eine Frage, die ich nicht zu beantworten wage. Ich glaube, es ist noch zu früh, über dieses trübende Kapitel der Gegenwart etwas Bestimmtes auszusagen. Das Verdämiß dafür, wozu wir kommen, wenn der Verfall der Leistung der Mutterchaft und damit der Geburtenrückgang im gleichen Tempo weitergehen, wie in den letzten Jahren, kann zur Zeit während der Wirtschaftskrise aus naheliegenden Gründen nur schwer gemindert werden. Es besteht aber zweifellos die Gefahr, daß die Abneigung der Paare, mehr als etwa ein „Spielkind“ zu haben, auch dann anhalten wird, wenn wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sein werden, wenn nicht der Wille zum Kind eine große Stütze erfährt. Daß Mutterhilfe in dieser Beziehung allein sehr wenig fördert, zeigt das Beispiel aus Wien, wo trotz müttergültiger Einheiten die Geburtenzahl von Jahr zu Jahr zurückgeht und demnach ein Zustand eintreten wird, bei dem aus Mangel an Kindern die Einrichtungen nicht ausgenutzt werden. Die soziale und natio-

Die Senkung der Straßenbahntarife



Zeit während der Wirtschaftskrise aus naheliegenden Gründen nur schwer gemindert werden. Es besteht aber zweifellos die Gefahr, daß die Abneigung der Paare, mehr als etwa ein „Spielkind“ zu haben, auch dann anhalten wird, wenn wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse eingetreten sein werden, wenn nicht der Wille zum Kind eine große Stütze erfährt. Daß Mutterhilfe in dieser Beziehung allein sehr wenig fördert, zeigt das Beispiel aus Wien, wo trotz müttergültiger Einheiten die Geburtenzahl von Jahr zu Jahr zurückgeht und demnach ein Zustand eintreten wird, bei dem aus Mangel an Kindern die Einrichtungen nicht ausgenutzt werden. Die soziale und natio-

Die Kleinhandelspreise 1913 und Ende 1931

Stadt	Die Kleinhandelspreise 1913/14 und am 22. Dezember 1932 in Rpft je kg			
	Rindfleisch	Schweinefleisch	Butter	Vollkorn
BERLIN	175	155	270	25
KÖLN %/rh	150	136	263	24
MÜNCHEN	175	155	270	25
DRESDEN	160	148	272	24
BRESLAU	170	150	270	24
FRANKFURT %/rh	155	140	270	24
KÖNIGSBERG	170	151	260	24

nale Bedeutung der Mutterchaft besteht nicht in einem „Spielkind“, sondern in einer „Schar fröhlicher Kinder“ (Marie Stopes).

Es sollte keine Meinungsverschiedenheit mehr darüber bestehen, daß die moderne Frauenentwicklung eine gewisse Gefahr für die Familie und damit für den Staat darstellt“ (S. 129). Das ist nicht nur wahr, sondern auch ein mutiges Bekenntnis. „Bleibt auf unserer eigenen Ebene!“ sagt Konise Diel. In der Tat, ein originaler Beitrag zur Kulturentwicklung kann von Frauen nur geleistet werden, wenn sie aus sich heraus wirken und jeden Versuch, unter Vergewaltigung der eigenen Natur, Männliches nachzuahmen, aufgeben. Es gibt aber nichts Simmolleres, nichts, was in höherem Maße das Leben einer Frau auszufüllen vermag, als die körperliche Pflege, Erziehung und Erziehung ihrer eigenen Kinder. Daran wollen wir trotz aller wirtschaftlichen Ungunst der Zeiten und auch mancher glücklicherweise absterbenden Dourteile gegen ansehnliche Mutterchaft, festhalten. Die Derwirklichung dieser Forderung verlangt allerdings von Männern und Frauen auf materiellem Gebiet eine Selbsterleugnung und ein Befehlen, das wir leider, einzuweisen ebenfalls, nicht aufbringen. Wir sollten, wie E. D. richtig sagt, lieber „ein bisschen atmösißlich und rückständig werden“, denn „so weit hat es die Frauenbewegung glücklicherweise gebracht, daß die Mutterchaft sich verfestet und sich nicht mehr stolz und beseligt hervorragt“ (S. 402).

Ich es das starke Muttergefühl, von dem alle Mütterchriften — es handelt sich um ein Tagebuch — durchdrungen sind, was den Wert dieses Buches ausmacht, so hat es andererseits auch unansehnliche Schwächen. Die sehr ich vor allem in einer sehr starken Gebundenheit der Verfasserin an eine bestimmte soziale Umwelt. Dadurch büßen ihre Gedanken an Wirkfamkeit ein. Das bezieht sich insbesondere auf die Inzprüche materieller Art, die sie in aller Unbefangenheit als werdende Mutter fundigt. Was sie nicht alles „braucht“: „Neben der Ehebinne noch ein freundliches Wesen, das sie unentgeltlich freizubilligt und beruhigt und wenn sie verläßt, ein Koffer allein Weines einflößt —“. Sie braucht die suggestiven Kräfte ihres Mannes — „Und was ich sonst alles brauchen werde, weiß ich gottlob noch nicht —“. Auch dem Baby werden schon kurzwürdige zugesprochen: „Ob es wohl die aufziehenden Kräfte und die duftenden Hyazinthen so liebt, daß ich sie jetzt immer haben muß.“ Diejenigen Frauen, die sich solche Dinge, und leider noch sehr viel mehr, verjagen müssen, werden diese Zeilen, denen sich noch manche weitere anfügen ließen, bitter lächeln lassen.

ferner sind die Betrachtungen, die über die Stellung der Frau im GEB. als Mutter und Gattin angefüllt werden, nicht frei von Einseitigkeit; aber das wäre noch nicht schlimm. Es schadet ja weiter nichts, wenn ein übriges Mal von Frauenseite auf Dinge hingewiesen wird, die infolge der auch von E. D. kritisierten Frauenbewegung, „unmodern“ geworden sind. Unerschrocken wirkt dagegen der gerechte Ton, mit dem diese Dinge vorgetragen werden. Das ist geeignet, das ohnehin zur Zeit außerordentlich gespannte und verschärfte Verhältnis zwischen den Geschlechtern noch weiter zu trüben.

Alles in allem — doch eine eigenartige Leistung. Ein Buch, das alle lesen müssen, die Mutter werden wollen und werden sollten.

Roderich von Ungern-Sternberg.

Die Kleinhandelspreise 1913 und Ende 1931

Stadt	Die Kleinhandelspreise 1913/14 und am 22. Dezember 1932 in Rpft je kg			
	Brot (Mischbrot)	Weizenmehl	Kartoffeln	Eier
BERLIN	28	40	55	8
KÖLN %/rh	28	40	55	8
MÜNCHEN	28	40	55	8
DRESDEN	28	40	55	8
BRESLAU	28	40	55	8
FRANKFURT %/rh	28	40	55	8
KÖNIGSBERG	28	40	55	8

Heimatdienst - Abonnement billiger

Die Zeitschrift „Heimatdienst“, herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst, erscheint vom 1. Januar 1932 ab im gleichen Umfang zweimal monatlich zum verbilligten Bezugspreis von

RM 6.50 jährlich

(bei Lieferung unter Kreuzband RM 1.20 Porto), RM 3.25 halbjährlich (zusätzl. RM 0.60 Postpausen bei Lieferung unter Kreuzband).

Einzelpreis der Heimatdienst-Nr. 30 Pfg.

Richtlinien der Reichszentrale für Heimatdienst

Bezugspreis der in swangloser Folge erscheinenden Nummern ab 1. Jan. 1932 RM 2.00 jährlich. Einzelpreis je nach Umfang.

Wir versenden Probenummern kostenlos und bitten die Freunde unserer Zeitschrift um Angabe von Adressen von Interessenten des „Heimatdienstes“.

Zentralverlag G. m. b. H. • Berlin W 35

Die Einbanddecke für den Jahrgang 1931 In Halbleinen und Goldprägung

Zum Preise von 2.— RM, zuzüglich Porto,

falls Sie nicht den Stabselbstbinder zum Preise von 3.60 RM vorziehen, wodurch Sie die Einbandkosten sparen und das wertvolle Material in Ihre Bibliothek laufend als Buch einordnen können.

Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1931 zum Preise von 15 Pfg. (zuzüglich Porto).

Zentralverlag, G. m. b. H., Berlin W 35

Der **Stab-Selbstbinder** ist der richtige

Sammeleinband für den

„Heimatdienst“

Billiger als einbinden!

Der ganze Jahrgang mit seinem wertvollen Material in einem **schönen Einband mit Titeldruck, in Goldprägung** durch einen Stahlstab ohne Durchlöcherung **fest, ordentlich und zweckmäßig aufgehoben**

Preis 3.60 RM

bei spesenfreier Zusendung und bei Vorauszahlung auf Postcheckkonto Berlin 78995

Bestellen Sie sofort:

2 EINBANDDECKEN

falls Sie den laufenden Jahrgang nicht schon im Stab-Selbstbinder ordneten; damit Sie den nun abgelaufenen und den kommenden Jahrgang als Buch in Ihre Bibliothek einreihen u. kein Einzelheft mehr verlieren können

Zentralverlag G. m. b. H. • Berlin W 35

Oberbetten

Nur Beamen u. Festbesoldeten helfen wir seit 1666 druck ab unserer Fabrik

Unterbetten, Plumeaux Kissen, Federn u. Daunen

Streu vertraulich ohne Anzeigung gegen 6 Monate Ziel und monatliche Raten Erste Rate 1 Monat nach Lieferung jeder Zeit wird nach gezeigter Wahl für jeden Kunden besonders anfertigt. Minderwertige Ware führen wir nicht. Auch Sie werden von unser Kunde Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste

Gebr. Passmann A.-G.

Ordnliches Spezialgeschäft Deutschlands
Musterlager K81n Trierer - Str. 13

Lt. amt. notarieller Bestätigung: 1. Über 400.000 Kunden 2. Über 100.000 Kunden haben zum 2. Mal u. oft nachbest.

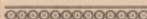
Die Einbanddecke für den Jahrgang 1931 In Halbleinen und Goldprägung

Zum Preise von 2.— RM, zuzüglich Porto,

falls Sie nicht den Stabselbstbinder zum Preise von 3.60 RM vorziehen, wodurch Sie die Einbandkosten sparen und das wertvolle Material in Ihre Bibliothek laufend als Buch einordnen können.

Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1931 zum Preise von 15 Pfg. (zuzüglich Porto).

Zentralverlag, G. m. b. H., Berlin W 35



Selbst **Greise** lerzen **Klavierspielen**

In 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch fabelh. leichte Erlernung. Alles Überlegende Erfindung eines blinden Musikers. Prospekt Nr. 8 ist sofort kostenlos durch Verlag E. Baier, Lärzbad-Baden.

150 Briefmarken gratis! nur Ausland und unvernünftige Auswanderung. P. Lahn, Bin-Stegglitz, Kleier Straße 5

Ohne Diät bin ich in kurzer Zeit 20 Pf. leichter geworden durch ein einf. Mittel, welches ich jedem gern kostenlos mitteile. Frau Karin Mast, Bremen 167 B.

EISIG-Betten Klinkerfaser, Stahlrohr, Polster, schlagfest, Unabtragung, an jeder. Teilhabig, Katzi, 100 Frei Gewerkschaftsklub, 27 A



MEYERS LEXIKON jetzt vollständig 12 Bände bis X, Y, Z



Prospekt durch jede Buchhandlung

Neuaufgaben und Neuerscheinungen! Unentbehrlich für jeden politisch Tätigen

Dr. Wilh. Ziegler, Einführung in die Politik.

Mit 46 Kartenbeigaben. 5. Aufl. 1929. 216 Seiten, geb. RM 9.—, geb. RM 7.50

Wer ehrlich in der Politik mitreden und mitwirken will, muß dieses lebendige und anschauliche Buch gelesen und studiert haben.

Dr. Fritz Wertheimer • Von deutschen Partein und Parteiführern im Auslande

1927. 2. erweiterte Auflage 1931, geb. RM 16.50, geb. RM 9.—
Darstellung des Deutschland in Politik und Parlamenten des Auslandes sowie der politisch-parlamentarischen Lage der Parteien.

Dr. Hugo Gothe • Die Deutschen in Übersee

Eine Skizze ihres Werdens, ihrer Verbreitung und kulturellen Arbeit 1928, 280 Seiten, 19 mehrfarbige Karten, geb. RM 12.—, geb. RM 10.—
Wertvolle Fingerzeige für eine nationale Arbeit im Auslandsdeutschum

Oberregierungsrat Dr. Wilhelm Ziegler Geschichte der Nationalversammlung 1919

(Das Werk von Weimar) erscheint demnächst. (Vorbestellpreis RM 12.—)

Weltpolitische Bücherei

vermittelt Kenntnisse und Erkenntnisse der Weltpolitik und der Weltwirtschaft. Anschaulich, wissenschaftlich, aktuell, billig!
Bis jetzt 25 Bände zum Preise von RM 1.60 bis RM 3.—

Verlangen Sie Sonderprospekt der „Weltpolitische Bücherei“ oder den Verlagskatalog kostenlos.

Zentralverlag, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Lauf Neuverordnng herabgesetzte Preise!

Die Verkaufspreise unserer Verlagserscheinungen sind ab 1. Januar 1932 wie folgt:

I. Staatsbürgerkunde und Verfassungsrecht

	Neue Preise RM
Ziegler: Einführung in die Politik, 2. Auflage	broch. 7,20 geb. 9,00
Berger: Grundfragen der Staatskunde, 2. Auflage	broch. 2,25
Strahl: Aufgaben und Ziele der staatspolitischen Aufklärungsarbeit	kostenlos
Gratwohl: Erziehung zum Redner	geb. 3,00
Die Verfassung des Reiches vom 11. August 1919	broch. 0,50
Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. November 1920	„ 0,25
Berger: Einführung in die deutsche Reichsverfassung 91-31. Tausend	„ 2,25
Widmann: Katechismus des deutschen Staats- bürgers	geh. 1,80
Bernhard: Das parlamentarische Wahlrecht	broch. 2,25
Kaisenberg: Der Weg der Volksgesetzgebung	„ 0,45
Der Deutsche Reichstag, herausgegeben von Paul Köbe	„ 0,50
Pönder: Zur Geschichte des Reichskanzlerpalais und der Reichskanzlei	Leinen 6,75 Hilb. 2,20
Deutsche Einheit — Deutsche Freiheit, 80.—85. Tausend	Leinen 2,75
10 Jahre Weimarer Verfassung (Verfassungsreden bei den Verfassungsfeiern der Reichsregierung)	geh. 3,15 geb. 4,00
Dr. Wirth: Verfassungsrede bei der Feier der Reichs- regierung 1930	geh. 0,90
Dr. Dietrich: Verfassungsrede bei der Feier der Reichsregierung 1931	geh. 0,90
Oncken: Nach 10 Jahren (2 Reden)	broch. 1,60
Zum Verfassungstag 1931	„ 0,90
Conrad: Wege zur Reichsreform	„ 1,25
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	„ 1,80
Ehrenthal: Die deutschen Jugendbände	„ 5,40
Der Sinn von Locarno (Urkunden und Erläuterungen)	Hilb. geb. 6,75
Klöcker: Reichstagswahl 1930 (Eins Anleitung)	broch. 0,90
Ziegler: Stein, der Wegweiser zu Deutschlands Einheit und Freiheit	geh. 1,80

II. Friedensvertrag und Reparationsfragen

Strohle: Von Versailles bis zur Gegenwart 296. bis 325. Tausend	broch. 1,90
Ziegler: Bilddokumente zur Kriegsschuldfrage	dt. Ausg. 2,70
Croll: Was muß Du von der Reparationsfrage wissen? Die Entwicklung der Reparationsfrage (Reparations- kalender 1923—1924)	broch. 2,70
Wingen: Fünf Jahre Reparationspolitik	„ 1,35
Wingen: Weltverhältnis und Deutschlands Re- parationslast	„ 1,35
Heincke: Das Dawes-Gutachten	„ 1,35
Oeding: Das Abrüstungsproblem	„ 1,35
Horwitz: Um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft Ortzen: Abrüstung oder Kriegsvorbereitung	broch. 2,60

III. Auslandsdeutschtum und Grenzlandkunde

	Neue Preise RM
Krebs: Deutschland und Deutschlands Grenzen	broch. 1,35
Der Kampf um die deutschen Grenzen	„ 3,60
Rudolph: Die Freie Stadt Danzig	broch. 0,90
Polonica: Die Deutschen unter der polnischen Herrschaft	„ 2,25
Zastrow-Dannert: Deutschland braucht Kolonien	„ 2,25
Werthelmer: Von deutschen Parteien und Partei- führern im Auslande	geb. 10,80 geh. 9,—
Das mitteleuropäische Grenz- und Auslandsdeutschtum	Mappe 4,50
Lang: Übersichtskarte von Ost-Mitteleuropa	geb. 4,50
Sprachatlant der Grenzgebiete des Deutschen Reiches mit Begleitkarte von Keller	15,—
Gröthe: Die Deutschen in Obersee	geb. 12,— geh. 10,—

IV. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Ziegler: Einführung in die Volkswirtschaft, 3. Auflage	broch. 2,10
Scheu: Das Reiches wirtschaftliche Einheit	Hilb. 3,— broch. 3,—
Dovifat: Die Industrie in der Volkswirtschaft	broch. 0,65
Raucker: Die Berufstunde im modernen Wirt- schaftsleben	„ 0,25
Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen	„ 2,25
Deutschlands wirtschaftliche Lage, Rednermappe	„ 2,70
Säblich — Staat — Wirtschaft, Denkschrift des Deutschen Städtetages	broch. 1,80
Rationalisierung der öffentlichen und privaten Wirtschaft von Hamann	„ 1,80
Kauf Deutsche Waren	„ 1,20
Jessen: Das Kontorokort des Herrn Jedermann	„ 0,90
Die Untersuchung der deutschen Wirtschaft	„ 0,25
Finanz- und Wirtschaftsprobleme der Gegenwart	„ 0,90
Raab: Die Entwicklung der Reichsfinanzen seit 1924 Jessen: Der Reichsgoldlet 1924 und die deutsche Finanzwirtschaft	„ 5,40
Witte: Das deutsche Steuersystem in tabellarischer Übersicht	„ 1,80
Jessen: Die österreichische Finanzwirtschaft	„ 5,90
Raucker: Einführung in die Sozialpolitik	„ 2,25
Wissel: Die Sozialpolitik nach dem Kriege	„ 2,70
Die deutsche Sozialpolitik, Rednermappe	„ 1,35
Die deutsche Sozialpolitik in der Nachkriegszeit	„ 1,90
Dernburg: Der Preissturz auf dem Weltmarkt	„ 0,65

V. Außenpolitik und Weltpolitik

Grabowsky: Deutschland und das Weltbild der Gegenwart	broch. 3,50
Windelband: Grundzüge der Außenpolitik seit 1871	„ 2,25
Heitzsch: Die weltpolitische Kräfteverteilung nach den Pariser Friedensschlüssen 5. Auflage	„ 1,35
Gadow: Seerüstung und Flottenpolitik der Mächte von der Vorkriegszeit bis zur Gegenwart	„ 1,35
Kampf der Krise (Eine Flugschrift)	„ 0,45

WELTPOLITISCHE BÜCHEREI

Grundlegende Reihe

Band:	RM
1 A. Grabowsky: Staat und Raum, 112 Seiten, 2 Tabellen	2,70
2 O. Mühl: Politische Grenzen, 104 Seiten, 12 Karten	2,70
3 A. Burchard: Staat und Klima, 80 Seiten, 8 Karten	2,10
4 W. Pahl: Der Kampf um die Rohstoffe, 80 Seiten, 15 Zeichnungen	2,10
5 M. Eckert: Meer und Weltwirtschaft, 80 Seiten, 18 Karten	2,10
6 J. März: Landmächtigkeit und Seemächte, 64 Seiten, 10 Karten	2,10
7 W. Vogel: Die Entstehung des modernen Weltstaten- systems, 101 Seiten, 12 Karten	2,70
8 R. Uhden: Völkerkunde, 58 Seiten, 8 Kartenskizzen	2,10
9 Th. Arldt: Weltpolitik im Unterricht, 80 Seiten, 9 Karten	2,70
10 F. Metz: Die Hauptstädte, 112 Seiten, 10 Karten	2,10
11 Hennig: Weltluftverkehr und Weltpolitik, 66 S., 3 K.	2,10
12 Haushofer: Geopolitik der Pan-Ideen, 96 S., 11 K.	2,70
13 O. Jungheins: Die nationale Minderheit, 76 S., 3 K.	2,10
14 M. Kohn: Orient und Okzident, 96 Seiten, 14 Zeichnungen	5,—

Länderkundliche Reihe

Band:	RM
2 E. Scheu: Deutschlands Wirtschaftsprövinzen und Wirt- schaftsbezirke, 80 Seiten, 20 Karten	2,10
3 R. Rungaldier: Österreich, 90 Seiten, 9 Karten	1,60
4 F. Thorbecke: Das tropische Afrika, 80 Seiten, 6 Karten	2,10
5 F. Machatschek: Die Tschechoslowakei, 80 S., 5 K.	2,10
6 P. Herre: Spanien und Portugal, 88 Seiten, 12 Karten- skizzen	2,70
7 H. v. Glasenapp: Britisch-indien und Ceylon, 100 S., 10 K.	2,70
8 S. R. Steinmetz: Die Niederlande, 80 Seiten, 8 Karten	2,70
9 G. Menz: China, 88 Seiten, 7 Karten	2,70
10 R. Lütgens: Die A.B.C.-Staaten, 112 Seiten, 22 Karten	2,70
11 S. Passarge: Ägypten und der arabische Orient, 70 Seiten, 4 Zeichnungen	2,40
12 W. Geisler: Australien und Ozeanien, 96 S., 18 K.	3,—

Diese Bücher und Schriften sachpolitischer Aufklärung und staatsbürgerlicher Erziehung sind die besten Helfer im Kampfe gegen die Wirtschaftskrise

Verlangen Sie unseren ausführlichen Verlagskatalog und die Sonderprospekte:

ZENTRALVERLAG GMBH · BERLIN W35 · POTSDAMER STR. 41

Zu Goethes

Lichtbildvorträge
Bildbänder
Epikarten-Serien



100. Todestag

Was dem Auge dar sich stellen,
sicher glauben wir's zu schauen.
Was dem Ohr sich zugesellt,
gibt uns nicht ein gleich Vertrauen.
(Goethe.)

Das Goethe-Jahr 1932 ruft in der ganzen Kulturwelt, insbesondere in Deutschland, die Seelker auf, um Zeugnis darüber abzulegen, daß Leben und Wert dieses deutschen Genies nicht nur Geschichte, sondern lebendige Gegenwart und fruchtbare Zukunft ist. Goethe, der Inbegriff des deutschen Menschen, Symbol der Faustischen, deutschen Kultur, ist das Thema, das der Deutsche Lichtbild-Dienst G. m. b. H. in seiner Weise behandelt wird.

Gewiß werden sich an allen Orten von besonderer Bedeutung Möglichkeiten besonderer Goethe-Feiern ergeben. Was wir wollen, ist, das Bild der äußeren Erscheinung, das Bild von Goethes Leben, die Bilder seiner eigenen Phantasie in Vorträgen zusammenzufassen, um in seinem Sinne Bildung durch das Bild zu verbreiten.

Er, den man mit Recht den „Augenfeiger“ genannt, der sich selbst als „Naturphoebe“ bezeichnete und das Bild als das Beste empfand, um „Entferntes und Abgeschiedenes“ uns näherzubringen, würde sicher jeden Versuch begrüßen, solcherart Kenntnisse und Erkenntnisse zu vermitteln.

Auf Grund unseres umfangreichen Goethe-Bildarchivs gaben wir nachstehende Serien heraus:

Goethes Leben

Textlich und bildlich bearbeitet von Reichskunstwart Dr. E. N e d s l o b
(mit 60 Bildern)

Dieser Goethe-Vortrag ist berufen, die Goethe-Feierserie des Jahres 1932 zu werden. Der Reichskunstwart, dessen soeben erschienenen Wert „Goethes Leben“ (Verlag der Reichsdruckerei) erneut bereites Zeugnis für die Goethe-Verbundenheit seines Verfassers ablegt, hat zahlreiche bedeutende Bild Dokumente sinnvoll zusammengefaßt und bietet in seinem Vortrag eine vollständige Darstellung von Goethes Leben, seinem Wirken und seiner Umwelt. Diese Serie darf in keiner Lichtbild- und Lehrmittelsammlung fehlen, weil sie über den Tag hinaus Wert hat.

Bestellnummer für die Glas-Dia-Serie L 2460 Preis RM 72.—
„ „ das Bildband Gf 2460 „ RM 6.—

Wegen Entleihung dieser Serie Anfragen baldigst erbeten.
Subskription auf verbilligte Cellophan-Dia Preis RM 12.50

Goethe und Frankfurt

Nach 50 Bildern des Frankfurter Goethe-Museums zusammengefaßt von Prof. Dr. Emil Beutler — Frankfurt.

Best.-Nr. f. d. Lichtbildvortr. L 2474 Preis RM 80.—
„ „ „ Bildband Gf 2474 „ RM 7.50
(einschließlich Lizenz für die Goethespende),

Der junge Goethe

Mit 60 Bildern bearbeitet
von Dr. Leo Franke — Dresden.

Best.-Nr. f. d. Lichtbildvortr. L 2481 Preis RM 72.—
„ „ „ Bildband Gf 2481 „ RM 6.—

Goethe in den Mannesjahren

In 2 Teilen zu je 40 Bildern von Dr. E. Kof — Berlin.

Best.-Nr. f. d. Lichtbildvortr. L 2495 A/B je Preis RM 48.—
„ „ „ Bildband Gf 2495 A/B „ „ RM 5.—

Goethe, der Greis

Mit 60 Bildern bearbeitet von
Kunsthilfswissenschaftler Rüd. Meißner — Berlin.

Best.-Nr. f. d. Lichtbildvortr. L 2461 Preis RM 72.—
„ „ „ Bildband Gf 2461 „ RM 6.—

Epikarten-Serien

zur Verwendung im Epistop und Epistolap.

Zu Goethes Gedächtnis

mit 110 Bildarten und Text zum Preise von RM 12.50

Epikarten nur käuflich,

Goethe und Weimar

mit 100 Photoabzügen und Text zum Preise von RM 20.—
Prospekt kostenlos.

Außer den Lichtbildvorträgen, aus denen jedes Dia einzeln abgegeben wird, hat unser Goethe-Lichtbildarchiv eine Fülle weitere Aufnahmen. Ferner besorgen wir aus Lichtbildarchiven anderer Verleger jedes noch vorhandene Dia zum Originalpreis.

Bezugsbedingungen: Bei Bestellung der Reihen ist die Bestell-Nr. genau anzugeben. Bildverzeichnis für jeden Vortrag kostenlos auf Verlangen. Der Einzelpreis für das Diapositiv beträgt RM. 1.25. Bildbänder nur käuflich. Anfragen wegen Reihenfolge rechtzeitig erbeten. Für Veteil kommt nur die Serie L 2460 „Goethes Leben“ in Frage, evtl. Cellophan-Dia-Serien.

DEUTSCHER LICHTBILD-DIENST G.M.B.H., BERLIN W 35, POTSDAMER STR. 41